



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1910

181 (20.4.1910) Abendblattt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-141255](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-141255)

General-Anzeiger



Abonnement: (Badische Volkszeitung.) der Stadt Mannheim und Umgebung. (Mannheimer Volksblatt.)

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

70 Pfennig monatlich.
Erlangerstr. 30, monatlich,
durch die Post bez. incl. Post-
zuschlag M. 2.40 pro Quartal.
Gingel-Nummer 8 Pfg.

Bestenfalls und verbreitetste Zeitung
in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbüros
in Berlin und Karlsruhe.

Telegramm-Adresse:
„General-Anzeiger
Mannheim“.
Telefon-Nummer:
Direktion, Buchhaltung 1449
Druckerei-Bureau (An-
nahmen, Druckarbeiten) 841
Redaktion 877
Expedition und Verlags-
buchhandlung 818

Nr. 181. Mittwoch, 20. April 1910. (Abendblatt.)

Ein kritischer Moment.

Die Nationalliberale Korrespondenz schreibt: Die bisherigen Verhandlungen der Wahlrechtskommission des Herrenhauses haben Ergebnisse gezeigt, welche den kritischen Charakter der Situation wesentlich verschärfen. Die Kommission hat dem Entwurf zunächst die Vorschrift eingefügt, daß die Bestimmungen dieses Gesetzes auf dem ordentlichen Wege der Gesetzgebung nur mit der Majorität geändert werden dürfen, daß sich in beiden Häusern eine Zweidrittelmehrheit dafür findet. Ferner ist der gesamte § 8, welcher die Privilegierung der sog. Kulturtäger enthält, mit Stimmgleichheit abgelehnt worden, so daß hier das gleiche Vakuum eingetreten ist, wie bei der Kommissionsberatung der 2. Kammer. Angenommen dagegen wurde zum § 6, welcher von der Drittelung handelt, ein Absatz 2 folgenden Inhalts:

Die Gesamtsumme der Steuerbeträge wird betragen

- 1. für den Umfang des Stimmbezirks, wenn dieser aus mehreren Gemeinden und Gutsbezirken gebildet ist, und in Gemeinden von mehr als 10 000 Einwohnern;
- 2. für den Umfang besonderer, von der Gemeindeverwaltung zu bildender Drittelungsbezirke von nicht weniger als 1740 und nicht mehr als 3490 Einwohnern, wenn die Gemeinde mehr als 10 000, aber weniger als 20 000 Einwohner umfaßt, und von nicht weniger als 3490 Einwohnern und nicht mehr als 5240 Einwohnern, wenn die Gemeinde über 20 000 Einwohner umfaßt.

Bezüglich der Maximierung endlich wurde beschlossen, daß, wenn die Staatseinkommensteuer eines Wählers 3000 M. in Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern über 6000 M. übersteigt, der überschüssende Betrag nicht angedreht wird.

Es ist ohne weiteres ersichtlich, daß die Wahlrechtsfrage, wenn die Herrenhauskommission diese ihre Beschlüsse in der auf den kommenden Donnerstag festgesetzten 2. Sitzung unanändert aufrecht erhält, vor einer sehr ersten Wendung steht. Die Einführung der Zweidrittelmehrheit für künftige Änderungen des preussischen Wahlgesetzes, die erneute Ausmerzung jeder Privilegierung der „Kulturtäger“ und vor allem die jetzt gefassten Beschlüsse zur Drittelung bedeuten geradezu eine Brückung und Verhöhnung der Regierung wie der nationalen Mittelparteien; der Freikonserverativen ebenso wie der Nationalliberalen. Und es charakterisiert den Ernst der Lage, wenn Ministerpräsident von Bethmann-Hollweg gestern zu dem ungewöhnlichen Mittel griff, persönlich in der Kommissionsitzung zu erscheinen und die Erklärung abzugeben: die Staatsregierung sehe sich gezwungen, nicht im Interesse irgend einer einzelnen Partei, sondern aus sachlichen Erwägungen gegen die von dieser Kommission gefassten Beschlüsse, vornehmlich betr. die Drittelungsfrage und die Ablehnung aller Privilegierungen, die ernstesten Bedenken aufzumelden. Ob diese männhafte Kundgebung der Staatsregierung auf die Mehrheit der Kommission den erwünschten Eindruck gemacht hat, wird sich am Donnerstag ergeben. Nach all dem Vorangegangenen können wir uns mit weiteren Er-

wartungen kaum tragen. In dieser Stunde aber darf die Haltung Herrn von Bethmann-Hollwegs, die alles Schwächliche nunmehr abgestreift hat und sich immer mehr als das Produkt ernster, staatsmännischer Ueberlegung darstellt, auf Anerkennung und Verständnis überall dort rechnen, wo die Regierung über den Parteien noch als unabweisbares Postulat preussischer Traditionen gilt. Er hat trotz der ständig gesteigerten Provokationen der schwarz-blauen Mehrheit eine Wahrung des Vertrauens in die Staatsgefinnung der herrschenden Parteien erklärt werden kann. Und wenn seine konsequent durchgeführten Bemühungen das Verfassungsleben des größten deutschen Bundesstaates wenigstens halbwegs einer Modernisierung entgegenzuführen, im Augenblick an der Hybris übermächtiger und auf ihre Macht pochender Parteien scheitern, so sind es auch diese allein, welchen die Verantwortung zufällt.

Die Reichsversicherungsordnung.

Von Herrn Regierungsrat Holzwart-Mannheim.

(Ausgang aus dem am Freitag, 8. April, im Volkswirtschaftlichen Abend in Mannheim gehaltenen Vortrag.)

III.

3. Innere Organisation der Krankenkassen.

Bekanntlich hatten bisher bei den Zwangskassen in der Generalversammlung und im Vorstand die Versicherten 2/3 die Arbeitgeber 1/3 der Stimmen, so daß die Versicherten das entscheidende Wort in der Kassenverwaltung zu sprechen hatten. An Stelle der anteilmäßigen Belegung soll nunmehr die paritätische Belegung der Versicherten und Arbeitgeber — je 1/2 für jeden Teil — sowohl in Bezug auf die Teilnahme an der Verwaltung, wie auch bezüglich der Beitragsleistung, genau so wie bei der Invalidenversicherung, treten.

Diese paritätische Belegung entspricht, wie der Entwurf ausführt, der inneren Berechtigung, sie folgt aus der Natur der Sache, sie dient zur Verhütung parteipolitischer Einflüsse und zur Vereinfachung der ungünstigen Stellung der Arbeitgeber, deren Interesse an der Kassenverwaltung infolge der Majorisierung durch die Versicherten im Laufe der Jahre bedeutend nachgelassen hat, wie die Erfahrung lehrt.

Die Hälfte der Beiträge bringt einen jährlichen Mehraufwand von rund 46 Millionen Mark, d. i. eine Beitragserhöhung von 50 Prozent für die Arbeitgeber oder nicht ganz 1/2 vom Hundert der Löhne.

Die Arbeitnehmer weisen dieses Vorgehen zurück, für das sie ihr Vorrrecht der Mehrheit in der Leitung der Kassen geschäfte preisgeben sollen.

Ebenso aber auch weite Kreise der Arbeitgeber, z. B. auch die hiesige Handelskammer, sei es, weil sie mit dem jetzigen Zustande zufrieden sind, sei es, weil sie die Mehrbelastung scheuen.

Die Entscheidung dieser Frage im Reichstage dürfte wohl die gefährlichste Alippe für das ganze Gesetzgebungswerk bilden. Vorstand und Ausschuss werden je zur Hälfte aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern mittelst Verhältniswahl gewählt, so daß nicht die größte Partei aus-

schließlich die Säge beherrscht, sondern auch die Minderheiten zur Geltung kommen. Der Vorsitzende der Kasse wird vom Vorstand gewählt.

Die Rechtslage und die Anstellungsverhältnisse der Beamten der Krankenkassen sollen unter Mitwirkung des Versicherungsamts durch Dienstordnungen geregelt werden.

Eine Besetzung der Stellen mit Militäramtörtern darf nicht vorgeschrieben werden.

Besondere Bedeutung beansprucht nach den schweren Kämpfen der letzten Jahre die Regelung des Verhältnisses der Kassen zu den Ärzten und Apothekern. Die Deutschrift befreit, daß die Krankenversicherung im Ganzen den Interessen des ärztlichen Standes Abbruch getan habe, vielmehr habe die Gesamtheit der Ärzte dieser Einrichtung erhebliche Vorteile zu verdanken. Dagegen bestünden berechtigte Klagen der Ärzte über Abhängigkeit, Willkür, Unsicherheit der Stellung und Herabsetzung des Honorars.

Dem von ärztlicher Seite gemachten Vorschläge auf zwangswise Einführung der freien Arztwahl in dem Sinn, daß jeder approbierte Arzt zu den mit der Landesvertretung vereinbarten Normalbestimmungen zur Praxis zugelassen sei, folgt der Gesetzentwurf nicht.

Einsmal in Rücksicht auf den Widerspruch der Mehrzahl der Krankenkassen und vieler Ärzte.

Ferner befürchtet man aus dieser Konzession eine zu starke Lockerung der Beziehungen zwischen Kasse und Ärzten, eine Minderung des Interesses der Ärzte am Gelingen der Kasse, eine Förderung des Simulanzums, eine zu große Steigerung der Kassenausgaben, und eine Förderung der Abhängigkeit der Ärzte von den Kassemitgliedern. Der Entwurf will überhaupt kein bestimmtes Arztwesen einführen, sondern überläßt es nach wie vor dem Ermessen und der freien Vereinbarung der Beteiligten, die ärztliche Versorgung der einzelnen Kassen je nach dem ärztlichen Bedürfnisse in der einen oder anderen Weise zu ordnen — freie Arztwahl oder Kassenarztsystem.

Unterschieden wird zwischen einem allgemeinen Arztvertrag, was der sog. beschränkten freien Arztwahl entspricht, und besonderem Arztvertrag mit bestimmten Kassenärzten.

Nach dem allgemeinen Vertrag kann jeder approbierte Arzt, der im Bereich der Kasse wohnt, Kassemitgliedern behandeln, wenn er dem Verhältnis schriftlich beitrifft, und zwar ohne Karenzzeit.

Ausgeschlossen vom Beitritt kann er nur bei wichtigen Gründen auf Antrag des Kassenvorstandes durch Entscheidung des Vertragsausschusses werden.

Die Solung kann aber auch den Vorstand ermächtigen, den Vertrag nur mit bestimmten — in der Regel mindestens 2 — Ärzten abzuschließen. — Besonderer Arztvertrag.

Um die Unterlagen für die Verträge festzusetzen, ihren Abschluß herbeizuführen, und Streitigkeiten zu schlichten, wird für den Bezirk des Oberversicherungsamts je ein Vertragsausschuss für allgemeine und besondere Verträge gebildet. In diesen Ausschüssen sind mindestens je

Feuilleton.

Melanchthon als Mensch.

(Zum 350. Todestage, 19. April.)

Die Gestalt Philipp Melanchthons, die sein 350. Todestag uns wieder vor die Seele rufft, mag uns bisweilen neben der überlebensgroßen Erscheinung seines genialen Vorbildes und Meisters Luther, kleinlich und schwach, ja unmannlich erscheinen; doch an dem Maße der anderen Zeitgenossen gemessen, leuchtend im Licht des ewigen Wissens, ist der „Lehrer Deutschlands“ eine imponierende Erscheinung, deren hohe Gehörlichkeit, ungeheure Arbeitskraft, diplomatische Klugheit und organisatorisches Wirken für unsere Kultur ganz Unvergleichliches bedeutet haben. Wohl war der „Magister Philippus“ kein feuriger und tollkühner Kriegermann Gottes, sondern ein bogeres, oft gar furchtsam in die Zukunft blickendes Männlein, wie ihn uns Luthers Kupferstich darstellt. Aber die nachdenklichen, ja fast schwärmerischen Augen setzen von Inbrunst des Gemüts, von beharrlicher Fähigkeit spricht die scharf hervorleuchtende Nase.

Der nächste Gelehrte, der die Vernunft so hoch einschätzte, hat in tief innerlichen Kämpfen schwere Seelenqualen durchlebt, bevor er sich zu der harmonischen Sicherheit seines Glaubens durchdrang. Dieser mystische Ursprung seines klaren und reifen Denkens kommt hauptsächlich in seinem wunderlichen Überglauben zum Ausdruck, in dem er der Schwärmergeister seiner Zeit den Tribut sollte. Von der Superlätigkeit der Sterblichkeit war er fest überzeugt; der Theorie der Träume hat er eine besondere Heine Schrift gewidmet, in der er nach eigenen Erfahrungen eine Anleitung gab, wie man die Romngsalligkeit der Visionen

im Schlaf nach ihrer natürlichen, prophetischen, göttlichen und teuflischen Bedeutung aneinanderhalten konnte. Jauerei und Hexerei sind Phänomene, die er ernsthaft diskutierte; er hat dem Schwarzkünstler Faust, als er in Wittenberg auftrat, besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Der Teufel war für ihn wie für Luther eine im alltäglichen Leben wirkende reale Kraft, der man wohl durch Hausmittel der Austreibung beikommen konnte. Wer dem auch bei leidenschaftlichen theologischen Disputen beherrschten Manne, dem stets gleichmäßig freundlichen und gütigen Vater seiner Studenten gegenüber trat, der ahnte kaum, mit wie großer Selbstbeherrschung er die aufgeregten Geister seines Inneren befähigt und gezähmt hatte. Er hatte ein nervös reizbares, zum Hörsorn neigendes Gemüt und war ein psychologisch komplizierter Charakter.

Die strenge Selbstdisziplin, die sein Biograph Georg Ellinger so stark an ihm betont, verließ ihn auch in späteren Jahren noch manchmal, jedoch er plözlich mit einer ganz ungeduldeten Festigkeit losbrach. Als z. B. einmal bei einer seiner Sonntagsvorlesungen ein Student das apostolische Glaubensbekenntnis nicht aufzagen konnte, geriet Melanchthon in Wut, doch er über ihn herfiel, ihn schlug, und auch als er sich wieder gesammelt, noch in die Hornesworte ausbrach: „Man sollt Euch häupen.“ Es war der Grundzug seiner ganzen Lebensführung, den er in einem Brief an seinen Freund Veit Dietrich Ausdruck gab: „Bezwingen wir uns und gewöhnen wir unsere Gemüter daran, alle Art von Beleidigungen zu ertragen und ganz der öffentlichen Ruhe zu dienen.“ Alle Wüttheit und Unbeherrschtheit, die in seinem grobianischen Zeitalter oft sich entlud, war daher dem seinen, in sich abgeschlossenen Humanisten verhaßt. Er tadelt die Saut- und Spielwut bei den Fürsten, tritt den unspinnigen Modestheiten entgegen und sucht bei seinen Studenten „dieses gelovische Leben“ zu bekämpfen, „wo man es für das wichtigste Geschäft ansieht, Unwaffen von Wein und Bier in sich hineinzuschlagen bei Tag und Nacht.“ Seine

eigene Lebensweise ist nicht asketisch, wie er denn auch einen gewissen Konjunkt des Lebens, gefellige Unterhaltungen, das Kartenspiel z. B., in richtigem Maß gelten läßt; doch lebt er einfach und in der Erfüllung seines Tagewerts peinlich regelmäßig. Gleich nach dem Abendessen geht er zur Ruhe, steht in den frühen Morgenstunden auf und benützt die Zeit bis zum vollen Erwachen des Tages für seine schriftstellerischen Arbeiten und für seinen gewaltigen Briefverkehr. Die Stunden des Tages selbst sind seinem Amt und seinen übrigen zahlreichen Verpflichtungen gewidmet. Nur so ist die erstaunliche Arbeitsmenge zu begreifen, die er erzielte.

Es ist ein rührender Zug seiner nachgiebigen Individualität, daß er eine unbegrenzte Dienstfertigkeit und Hilfsbereitschaft befolgt, sich alle möglichen Leistungen von anderen aufbieten läßt und denen, die mit Witten an ihn herantraten, seinen Wunsch entgegen kam. So ist er denn häufig schon um Mitternacht wieder auf, um noch Zeit für diese Mehrarbeit zu gewinnen, und läßt nicht nach im Schreiben und Schaffen, mögen ihm bisweilen auch die Reiben der Säulen im Tartarus gegen die ihm aufgebürdete Tätigkeit gering erscheinen. Wie er so anderen von seinem geistigen Reichthum unabhängig mittel, ist er auch freigebig in materiellen Geschenken; seine Gattin Katharina unterstützt ihn in diesem mildtätigen Sinn, der eine gewisse Wohlhabenheit in seinem Hauswesen trotz reichlichen Verbräusches nicht aufkommen ließ. Die ganze Liebesfülle seines Herzens gehört seinen Kindern; gern studiert er in der Stube der Kleinen und legt wohl mit der einen Hand die Wiege in Bewegung, während er mit der anderen ein gelehrtes theologisches Werk hält, um darin zu studieren. Groß ist sein Bedürfnis nach innigem Verkehr mit Freunden; in seiner Selbstlosigkeit gibt er sich ganz an Luther hin und auch sein Verhältnis zu Comenarius, zu Cracauer und Veit Dietrich erscheint voll inniger Güte in den zahlreichen schönen Briefen, die er ihnen gewidmet. Erholung von den Mühen der Arbeit findet er sodann in stillen Betrachtungen der Natur, in Erinnerung an sein

1. Ärzte und Kassenvertreter, die nach den Grundzügen des Verhältnismäßigkeitsgesetzes gewählt werden, und zwar auf die Dauer von 4 Jahren und ihrerseits einen Obmann bestellen können.

Die Aufgaben des Vertragsausschusses sind nun folgende: a) Er hat bestimmte Grundzüge für die erst abzuschließenden Verträge zwischen Ärzten und Kassen zu vereinbaren. Diese Grundzüge müssen Höhe und Art des Entgelts für die ärztlichen Leistungen bestimmen, und sollen die Verpflichtungen der Kassen und der Ärzte nach Art und Zahl der Kassenmitglieder, nach der Höhe der Kassenbeiträge, sowie nach den örtlichen Verhältnissen abstimmen. Die Grundzüge sollen vereinbart werden für mindestens 2 Jahre und höchstens 6 Jahre. Findet im Vertragsausschuss keine Einigung über die Grundzüge statt, so hat die höhere Verwaltungsbehörde nach Anhörung des Oberversicherungsamts, der Mitglieder des Vertragsausschusses und der ärztlichen Standesvertretung die Grundzüge vorläufig festzusetzen. Kein Arzt darf wegen Verletzung der ärztlichen Standesbescheide oder Standespflicht verfolgt werden, weil er mit Krankenkassen Verträge abgeschlossen hat, die diesen Grundzügen entsprechen.

b) Der Vertragsausschuss hat als Einigungsamt zwischen Ärzten und Kassen bei Abschluss eines Einzelvertrages zu fungieren, sofern ein solcher zwischen den Ärzten und den beteiligten Kassen nicht zu Stande gekommen ist. Eingreifen darf der Vertragsausschuss als Einigungsamt nur dann, wenn beide Streitparteien ihn anrufen; nur der eine Teil des Einigungsamts an, so hat der Vertragsausschuss darauf hinzuwirken, daß auch der andere Teil sich entscheidet. Gelingt dies nicht, dann kann er nicht weiter wirken. Andernfalls hat er auf gültlichem Wege eine Einigung herbeizuführen und eventuell mit einfacher Mehrheit einen Schiedsbruch zu fällen, der aber nur bindend wird, wenn beide Streitparteien sich ihm unterwerfen.

c) Der Vertragsausschuss entscheidet vorläufig, d. h. vor Anrufung des ordentlichen Gerichts über alle Streitigkeiten zwischen Ärzten und Krankenkassen aus dem bereits abgeschlossenen Vertragsverhältnis.

Schlagen alle Verträge einer Kasse fehl, die ärztliche Versorgung ihrer Mitglieder ausreichend zu sichern, so kann, da ein Kurierzwang nicht existiert, die oberste Verwaltungsbehörde auf Antrag der Kasse anordnen, daß den Kassenmitgliedern statt der Krankenpflege eine Leistung bis zu 1/2 des Krankengeldes zu gewähren sei, womit sie dann ihre ärztliche Hilfe suchen können, wo sie wollen. Wir haben hier einen in allen Einzelheiten für den Sonderfall durchgebildeten Versuch einer gesetzgeberischen Regelung des Arbeitsarbeitsvertrages, der mit bindender Kraft für die Beteiligten und von den Beteiligten geschlossen wird.

Nicht erfüllbar war die Forderung der Ärzte, nach Einzelleistungen honoriert zu werden, wobei die Mindestsätze der Medizinallotrie zu Grunde zu legen seien.

Einfacher ist das Verhältnis von Apothekern zu den Kassen.

Jeder Apotheker ist berechtigt, einem zwischen Kasse und einzelnen Apothekern abgeschlossenen Vertrag mit gleichen Nachzuzutreten. — Inog, beschränkte freie Apothekerwahl — wodurch das bisher den Kassen zustehende Recht, nur bestimmte Apotheker zur Arznei-Verschreibung zuzulassen, eingeschränkt wird.

Zur Erledigung von Streitigkeiten und Herbeiführung von Verträgen zwischen Apothekern und Kassen können die obersten Verwaltungsbehörden ähnliche Einigungsinstanzen einführen, wie sie für die Ärzte vorgesehen sind.

Neu ist die Vorschrift, daß die Apotheker den Krankenkassen Arzneimittel, die auch ohne ärztliches Rezept abgegeben werden können, ohne Rücksicht auf die Form der Verschreibung nicht höher als zu den im Handverkauf üblichen Preisen anrechnen dürfen, und daß für die anderen Arzneimittel die Apotheker den Kassen nach näherer Bestimmung der obersten Verwaltungsbehörde einen Abzschlag von den Preisen der Arzneitaxe zu gewähren haben.

Politische Uebersicht.

* Mannheim, 19. April 1910.

Bismarck über die Frauen in der Politik

Noch nicht veröffentlichte Aeußerungen des Fürsten Bismarck über die politischen Verhältnisse in Deutschland, insbesondere über die Frauenfrage.

geliebtes Heimatland. „Im Geiste durchstreife ich die Fluren, schlendere in den Wäldern und wandle zum Fluße hinab. Schwermütig betrachte ich den Reichtum der Natur und bewundere die Klugheit der Vorfahren, die die Felder, die die Stadt selbst sorgfältig sämten und beschützten. Ein feines Verständnis besitzt er für die klassische Dichtung, besonders für den Reiz des Homer, und sein Gefühl für bildende Kunst erhorcht im Verkehr mit Albrecht Dürer. Findet er aber im irdischen Wesen keinen Trost mehr für die Wirren und Qualen des Daseins, dann laßt er den Blick voller Trost zur Ewigkeit, die ihm am liebsten unter dem Hügel einer himmlischen Akademie erscheint und in der er, der in seinem Wissen beschränkte Erdensohn, von Gottes Allweisheit Antwort auf alle Zweifel, Lösung aller Fragen erhofft.“

Pariser Chronik.

R. K. Paris, 17. April.

In der letztvergangenen Woche wurden zwei Verbrechen verurteilt, welche ein großes Streiflicht auf manches Familienleben der „oberen Reintanen“ werfen. Wiederum weisen die Tatsachen nach, daß „Alte nicht von Torheit schützt“ und daß andererseits gute Erziehung, Intelligenz und Bildung nicht Selbstbeherrschung garantieren. Zwei Fälle sind: in dem ersten erschleht ein Hauptmann seinen Schwiegervater in einem Wortwechsel, zu dem die schlechte Aufführung des Familienoberhauptes Anlaß gibt; der sich den Seinen entsetzend und es vorzieht, das angefallene, bedeutende Vermögen mit einer jungen Demi-Mondaine zu verenden, obgleich sein Alter und der paralytische Zustand ihn zu vorsichtiger Lebensweise mahnen. Zudem hat sein Schwiegervater, der aus der Provinz nach Paris verlegte Hauptmann, so sehr mit materiellen Sorgen zu kämpfen, daß er nicht einmal die bescheidene Wohnungsverhältnisse aufgeben kann. Und doch ist seine Frau die Tochter eines Millionärs, und doch haben seine Kinder

besondere einige für den großen Staatsmann höchst charakteristische Ausführungen über die Frage, ob und inwieweit die Beteiligung der deutschen Frauen an den Kämpfen der Tagespolitik wünschenswert sei, teilte der konservative Politiker und Publizist Wolfgang Eisenhart-Naumburg in einem Vortrage mit, den er am Montag im konservativen Kreisverein in Naumburg hielt. Der auch sonst äußerst bemerkenswerte Vortrag wird in den nächsten Tagen in Form einer Broschüre („Liberal und Konservativ — ein Kampf um deutsche Ideale in der Politik“ — Kommissionsverlag von Julius Domrich in Naumburg, Preis 30 Hg.) erscheinen.

Herr Eisenhart berichtete in seinem Vortrage, wie wir dem „Weichenfelder Tageblatt“ entnehmen, folgendes:

„Ich bin in der glücklichen Lage, über die Ansichten des Fürsten Bismarck von der Teilnahme der Frauen an der Politik eine Anzahl Aeußerungen des großen Staatsmannes hier zum ersten Male mitteilen zu können, die bisher noch niemals veröffentlicht wurden. Ich verdanke sie der Güte einer Dame, welche bald nach der Verabschiedung des Fürsten mit diesem in einem deutschen Kurorte zusammentraf und der es vergönnt war, ein Stündchen mit dem großen Mann über die Frage sich zu unterhalten, wie weit eine Beteiligung der deutschen Frauen an der Politik wünschenswert sei. Nach den Aufzeichnungen, die die Dame damals sofort nach der Unterredung sich gemacht hat, äußerte sich der Fürst darüber folgendermaßen:

„Was ich geworden bin, das bin ich durch meine Frau. Ich achte jede Frau, die uns Männer hoch emporgiebt, die uns Religion und Sitte lehrt, uns unsere Ideale erhält und himmlische Kräfte ins irdische Leben fließt. — Was ich Ihnen sage, werden Sie nicht verheheln; Sie sind noch zu jung; aber erinnern Sie sich meiner Worte, wenn ich nicht mehr bin. Ich wollte die gebildeten Frauen zur Politik heranziehen, aber wir sind nicht reif genug dazu; wir sind noch in den Kinderschuhen.“

Unsere Königin Luise trieb auch Politik, aber eine Politik mit reinem Herzen: Ihr Vaterland wollte sie groß, reich und mächtig machen; sein irdisches Wesen habe ich höher geachtet. In ihrem Salon vereinigten sich die klugen und edlen Geister aller Nationen. Wenn doch unsere vornehmen und gebildeten Damen solche Politik wieder treiben wollten! Sie sollen dem Manne nicht ins Handwerk pfeifen, aber sie sollen ihn beeinflussen, befehligen und zum Guten führen. Früher wurde in den Salons der Damen Politik gemacht; aber es waren vielfach Frauen, die nicht gut und rein waren, die auch selbstständige Zwecke im Auge hatten. Solche Frauen will ich nicht, sondern nur solche mit reinem Herzen.“

„Es wird aber ein Tag kommen, wo die Frauen zur Mitarbeit aufgerufen werden. — Wir Männer sind alle läppisch; besonders wir Deutschen sind immer die plumpen Bären, auch die Diplomaten. Außerdem kenne ich viel weniger in die Öffentlichkeit; denn ein kluger Frauensinn kann schweigen. Er zieht aber auch dem Gegner im Wanderton manch Geheimnis heraus, das er uns Männern nicht preisgibt. So unanmutig plaudert ein Frauensinn über die schwierigsten Sachen, daß man alter Eitel gar nicht merkt, daß man mehr gesagt hat, als man wollte. Denn alles Weibliche ist uns über an Schläue. Die Frau umschiffert gewandt die Klippen und einigt ohne Austausch von Rollen, die gefährlich werden können, zwei Parteien. Sie erzieht uns zu Männern, und wenn sie's recht versteht, zu deutschem Geist. — Die Falschheit habe ich in der Politik nie geachtet. Vor allem aber müssen wir Deutsche stolzer werden, wir müssen hineinwachsen in unsere Großmachtstellung. Ein Kind findet sich auch nicht gleich in einem Schlosse zurecht.“

Am Abend desselben Tages reiste Fürst Bismarck ab. Unter der zahlreichen Menschenmenge, die ihm am Bahnhof Lebewohl sagte, erkannte er auch die junge Dame, mit der er am Morgen gesprochen hatte, die ihm zum Abschied einen Rosenstrauch überreichte. Da sagte Bismarck zu ihr:

„Wir leben uns hier unten auf dieser Welt nicht wieder. Der alte Löwe zieht sich tollend in seine dunklen Wälder zurück. Habe Dank für das, was du mir in meine Einsamkeit mitgibst. — Mein Werk, Gott, war nicht vergebens; es wird fortbestehen. Denn wenn Deutschlands Männer schwach werden, werden seine Frauen stark sein.“

Anwartschaft auf das bedeutende, großväterliche Erbe! Aber so weit denkt er nicht; er will nur augenblicklich der geringenden Vergewaltigung entgehen sein. Er sucht keinen Schwiegervater auf, er appelliert an dessen selbstherrliche Unterthänigkeit, Unions! Der Alte bleibt ungerührt, und demüthigt nicht nur die dringend gebotene Hilfe, er weist auch böhmisch die Vorwürfe zurück, die ihm der Schwiegerohn in Bezug auf seine tolle Nation in's Gesicht schleudert. In heiligem Westreit, und außer sich vor Erregung, kreist der Hauptmann nach seinem ungetreulichem Begleiter: den geladenen Revolver und schlägt den alten Schwiegervater, für den er nunmehr, und der für ihn auch nicht die Spur verwandtschaftlichen Gefühls besitzt, nieder. Doch kann kommt das, in hochgradiger Erregung verübte Verbrechen dem Hauptmann zum Bewußtsein, so mahnt es ihn zur Selbstjustiz. Diesmal richtet er den Lauf der Pistole gegen das eigene Haupt: ein Drud, ein Anfall — und der zweite entseelte Körper fällt zu Boden. Das Drama ist zu Ende!

Die zweite, am Mittwoch, im fashionablesten Viertel von Paris sich abspielende Familientragödie ist noch erschütternder: ein Sohn erschleht seine Mutter! Gibt es etwas furchtbarerres, als den Muttermord? Und doch ist es ein Mann von Welt, ein mit den vornehmsten Lebensgewohnheiten vertrauter Mann, ein Mensch, dem die Zukunft zu lächeln schien, der diese furchtbare Tat vollführte. Allerdings sind die Umstände, welche das Verbrechen heraufbeschworen, so ungewöhnlich, daß sie wie ein Roman anmuten:

In ihrem luxuriösen Heim, in der Avenue Henri Martin, lebte Mme. Wache de Roc, die 60jährige Witwe des bedeutenden Aktionärs eines der größten Warenhäuser von Paris mit ihrem Sohn Gaston, der Vertreter der deutschen Automobilfirma Daimler und Stoener ist. Nichts hätte das friedliche Zusammenleben der beiden getrübt, wenn Mme. Wache nicht die unglückliche Idee ge-

Die Wahrheit über Tyth-Johannisburg.

Die Korrespondenz des Deutschen Bauernbundes stellt eine Reihe von Gründen zusammen, die auschlaggebend wurden für die konservative Niederlage in Tyth-Johannisburg:

Der gänzliche Umschwung in Diebstahl kam deswegen, weil hier der Deutsche Bauernbund in der Lage war, seine gewaltige Kraft einzusetzen für einen Kandidaten, der die freilichlichen Ansichten des Deutschen Bauernbundes vertritt, der aber auf der anderen Seite mit aller Macht und Entschiedenheit für eine Schutzpolitik im Interesse der Landwirtschaft Zeugnis ablegt. „Ich denke gar nicht daran“, erklärte Herr Rodan in den verschiedenen Versammlungen, „für eine Herabminderung der landwirtschaftlichen Zölle einzutreten. Das sind Lügen, bewachte Lügen, die über mich verbreitet werden.“ Und mit derselben Entschiedenheit und Rücksichtslosigkeit wandte sich Herr Rodan gegen die händlerische Behauptung, er wolle eine Befreiung des Seidengeschäftes, Inmanunden wie der Deutsche Bauernbund hat auch Herr Rodan jene ungerade Kreidverfassung gelobt, die es zuläßt, daß die bäuerliche Bevölkerung das 5- bis 6fache an Steuern zahlt wie die Großgrundbesitzer, im günstigsten Falle aber höchstens die Hälfte der Zölle im Kreislande hat. Herr Rodan bekante sich ferner zum geheimen und direkten Wahlrecht für den preussischen Landtag. Er war außerdem ein Gegner jener wichtigen Domänenpolitik, die den halb verkommenen Großgrundbesitzern ihre Güter unter guten Bedingungen abkaufte und sie dann als Domänenpächter unter günstigen Bedingungen wieder einsetzt. Herr Rodan war ferner ein Freund der Erbverfallsteuer in dem Sinne, daß das einzelne Erbe bis 20 000 M. frei bleiben sollte. Und vielleicht hat nichts so sehr zu der Niederlage des Bundes des Bauernbundes beigetragen, als der Umstand, daß der Bund der Landwirte den armen maßlosen Bauern klar zu machen suchte, daß die Erbschaftsteuer in ihrem Interesse abgelehnt werden sei. — Mit Recht ist in der Presse hervorgehoben worden, daß auch die Linksliberalen, indem sie auf einen eigenen Kandidaten verzichteten und für Herrn Rodan eintraten, ein erhebliches Verdienst um den gänzlichen Ausschlag der Wahl bereits im ersten Wahlgange haben. Niemand wird dies so anerkennen wie der Deutsche Bauernbund, aber hervorgehoben muß doch auch werden, daß eine freihändlerische Linksliberalen Kandidatur gänzlich aussichtslos gewesen wäre. Das sehen in Östpreußen überall die Vertreter des Linksliberalismus ein. Gerade sie haben auch die Arbeit des Deutschen Bauernbundes in jeder Weise anerkannt und gewürdigt. Im übrigen aber verlangt es die Gerechtigkeit, doch auch hervorzuheben, daß der Linksliberalismus des Berliner Tageblatts und der Linksliberalismus derjenigen Männer, die in Östpreußen das Berliner Tageblatt als seine Bestimmungsbeweißen reklamiert, mit einander nicht das geringste zu tun haben. Der echte östpreussische Linksliberalismus hat für zahlreiche Leistungen des Berliner Tageblatts das Lob des Mannes der Provinz gegenüber den händlerischen Phantasien. Nur dieser Umstand ermöglicht es, daß dort die gemäßigten Elemente — und es gibt in der Provinz eigentlich nur solche. — Berliner-Tageblatt-Politik kann man dort mit der Laterne suchen — diesmal geschlossen zusammen gegangen sind und das auch in Zukunft tun werden. Aber nicht nur der Linksliberalismus der drei Kreise gebührt für seine verständige Politik Dank und Anerkennung, nicht minder ist es Pflicht, derjenigen Männer zu gedenken, die noch heute der konservativen Partei sich zurechnen, die aber offen in den Versammlungen erklärten, wir sind noch unserer ganzen Anschauung konservativ, wir werden aber für die konservative Partei erst eintreten, wenn sie sich gebessert hat, wenn sie sich frei gemacht hat von der Herrschaft des Bundes der Landwirte. Recht gilt es, ihr eine Niederlage zu betreiben, ihr zu zeigen, daß die Politik des einseitigen Masseninteresses des Großgrundbesitzers in Östpreußen auf kein Verhängnis stößt.“ So ist der Erfolg der Wahl in Diebstahl-Johannisburg zu danken den einmütigen Zusammengehören der gemäßigten Elemente aller politischen Richtungen. Er ist zu danken der Tatsache, daß der Kandidat ein überzeugter und entschlossener Schutzpächter war. Denn nur allein dadurch ist, wie die einfachen Ziffern zeigen, die ausschlaggebende Mehrheit des Deutschen Bauernbundes möglich gewesen.

Badische Politik.

Die Lage der badischen Handelslehrer.

* Mannheim, 20. April. Durch mehrere Blätter ging in den letzten Tagen eine Notiz, wonach die Handelschule in Dornberg weil es an einem Lehrer mangelte, geschlossen werden mußte. Der Grund hierfür dürfte in den von der „Deutschen Handelschullehrer-Zeitung“ in ihrer letzten Nummer veröffentlichten Tatsachen zu suchen sein. Das genannte Blatt schreibt: „Durch die vor zwei Jahren erfolgte Regelung der Gehaltsverhältnisse der badischen Handelslehrer sind beschwerliche Zustände keineswegs geschaffen. Das beweist unter anderem die auch jetzt wieder einsetzende Abwanderung nach rheinischen Städten. Nicht weniger als 4 Herren (Absolventen der Handelshochschulen) werden mit Beginn des neuen Schuljahres aus dem badischen Schuldienste

losgelassen. Im Geiste durchstreife ich die Fluren, schlendere in den Wäldern und wandle zum Fluße hinab. Schwermütig betrachte ich den Reichtum der Natur und bewundere die Klugheit der Vorfahren, die die Felder, die die Stadt selbst sorgfältig sämten und beschützten. Ein feines Verständnis besitzt er für die klassische Dichtung, besonders für den Reiz des Homer, und sein Gefühl für bildende Kunst erhorcht im Verkehr mit Albrecht Dürer. Findet er aber im irdischen Wesen keinen Trost mehr für die Wirren und Qualen des Daseins, dann laßt er den Blick voller Trost zur Ewigkeit, die ihm am liebsten unter dem Hügel einer himmlischen Akademie erscheint und in der er, der in seinem Wissen beschränkte Erdensohn, von Gottes Allweisheit Antwort auf alle Zweifel, Lösung aller Fragen erhofft.“

Von ihren vier Kindern blieb dreien die Last der ihrer Vermählung mit Herrn Majos neuborgen und nur ihr ältester, verheirateter Sohn, M. Edmond Wache de Roc, wohnt dem Transungballe als Neuge des Bräutigams, seines Freundes, bei.

M. Gaston Wache de Roc fiel in der Wohnung seiner Mutter nicht auf, das auf eine Veränderung hingewiesen hätte. In dessen bestand sich Herr Majos auf der Reise nach Martheim. Am Mittwoch morgen jedoch trat ein Tapezierer in das Gemach des M. Gaston Wache de Roc und nahm Bemessungen vor, weil das Zimmer, wie er sagte, zu einem Wohnzimmer umgewandelt werden sollte. M. Gaston schien von all dem nichts zu begreifen. Er begab sich zu seiner Mutter, um sie zu fragen, welche Absichten sie ihm verheimliche. „Mein Sohn“, antwortete sie, „ich muß dir mitteilen, daß ich mich wieder verheiratet habe. Mein Gatte wird, sobald er von seiner Reise zurück kehrt, die Wohnung sofort mit mir teilen und dein Zimmer ist dazu bestimmt, eine seiner Töchter aufzunehmen, Wache dich demnach sofort auf die Suche nach einer Wohnung und entsprechender Verpflegung.“

Das war ein schmerzlicher Augenblick für den armen jungen Mann. Mit einem Schloge hatte sein ruhiges Dasein ein Ende, war seine verheißungsvolle Zukunft dahin! Er verließ das Haus, und als er am Abend dahin zurückkehrte, wurde er zum Würder seiner bis dahin in kindlicher Liebe verehrten Mutter.

In seinem gestrigen Verhör machte M. Gaston Wache de Roc über den tragischen Vorgang folgende Angaben: „Am zehn Uhr abends kehrte ich nachhause zurück. Meine Mutter war schon heimgekommen. Die Türe zu ihrem Zimmer stand offen; ich trat

anstreten, nachdem schon im Vorjahre 3 Lehrer in Mch Anstellung gefunden haben. Auf diesen unerfreulichen Zustand hat der Hg. Vogel bei der Landtagsdebatte über das launimännliche Unterrichtsweisen mit Recht hingewiesen. Der demgegenüber behauptete „erfreuliche Zustand“ zum Handelslehrerberuf ist doch sehr problematisch und hat außer acht gelassen, daß wenigstens das bis jetzt gemonnene Lehrermaterial sehr oft viel zu wünschen übrig läßt. — Man kann dem hinzufügen, daß durch Gesetz- und Uebergangsbestimmungen frühere Real- und Volksschulhauptlehrer zumteil in eine sehr unangünstige Lage geraten sind und heute mehrere Hundert Mark weniger beziehen als gleichalterige städtische Hauptlehrer. Die nach Norddeutschland übergesiedelten Lehrer erhalten Einkommen, die sie in Baden erst in 10 oder 12 Jahren beziehen würden. Dadurch übt natürlich der Handelslehrerberuf bei uns nicht die geringste Anziehungskraft aus — wenigstens nicht auf gutes Lehrermaterial — trotzdem sonst alle Berufe überseht sind, und wenn das neue Schulgesetz in Kraft tritt, dürften verschiedene Handelslehrer in Baden das Handelsgesetzbuch wieder mit der Bibel verknüpfen.

Zu den Eisenbahnfragen.

(b. u. c.) Sie wissen sich zu brechen und zu wenden die Herrn vom Zentrum: Heute schreiben sie im „Beobachter“, daß die bis-herigen beschleunigten Personenzüge, welche die Eisenbahnerwoltung sürich, eine Benachteiligung des platten Landes zu Folge gehabt hätten. Nun hat das Zentrum wieder sein einseitig-agrarisches Verz. entdekt — und auch die Erhaltung des Wahlkreises St. Blasien-Waldsaut scheint ihm sehr am Herzen zu liegen. Der „Beobachter“ weih aber scheinbar nicht, daß sein Zentrum früher im Interesse des Mittelstandes die beschleunigten Personenzüge wünschte, wie dies der Hg. Giesler im Namen der Zentrumsfraktion in der 100. Sitzung der Zweiten Kammer vom 19. Juni 1906 tat. Es erinnert sich auch nicht daran, daß der Hg. Schmidt (Zentr.) bezüglich der beschleunigten Personenzüge in der 101. Sitzung vom 20. Juni 1906 erklärte:

„Ich begrüße es daher, daß die angenehme Seite hat, daß durch die beschleunigten Personenzüge auch das platte Land zu seinem Recht kommt.“

Wenn das Zentrum doch die Rücksicht auf „sein“ Oberland zum Maßstab seiner Stellung in der Frage der Aufhebung der beschleunigten Personenzüge machen will, sollte es nicht vergessen, daß gerade dem ländlichen Oberland diese Regierungsmäßregel, nor allem in den Gegenden der Schwarzwaldbahn ungenauer geschadet hat und daß die Schwarzwald-Eisenbahnschmerzen nicht zum Geringsten damit zusammenhängen. Mit großer Freude brüdt der „Beobachter“ auch die Auslosungen des „Schwäb. Merkur“ ab, in dem wieder einmal von dem Großblodführer Frank geredet wird und — in einem soz.-nationalist. Blatt — gegen die nationalill. Partei Stimmung gemacht wird. Man weih ja, daß der hdb. Korrespondent des „Schwäb. Merkur“ gar keine Fühlung mit babilischen nationalliberalen Kreisen unterhält und daß er über die Haltung der Fraktion in keiner Weise unterrichtet ist. Das müßte er aber als Politiker wissen, daß die nationalill. Fraktion zu Beginn des jetzigen Landtages eine Interpellation eingebracht hatte, wegen des Vorbruchs der Regierung in der Frage der beschleunigten Personenzüge. Diese Interpellation zog die Fraktion zurück, um die Verhandlungen in der Budgetkommission zu ermöglichen. Ihr Inhalt verdrückte sich bei der Kommissionsberatung zum Antrag der gesamten Linken, an dessen Spitze der Name des Hg. Front steht! So sieht die erdichtete Föhrung aus!

„Den die Götter mit Blindheit geschlagen“ — möchte man fast dem „Schwäb. Merkur“ zurufen, der noch dazu für eine Zentrumsberedschaft plädiert, wenn er schreibt, „das Volk müsse dem Großblod ein Mißtrauensvotum erteilen!“

Bayerische und Pfälzische Politik.

Am 1. Mai plant die pfälzische Sozialdemokratie einen großen Zug auf das Hambacher Schloß, wo eine Volksversammlung großen Stils abgehalten werden soll. Das Schloß bzw. die Ruhrburg ruine ist Eigentum des Königs von Bayern. Die Erlaubnis zur Abhaltung der Versammlung auf dem Grund und Boden des Königs ist bei der Hofbehörde in München nachgefragt worden.

Das Ludwigshafener Liebesdrama vor den Geschworenen.

Am Samstag, den 5. Februar d. J. durchleiste Ludwigshafen die Nachricht, daß der 28 Jahre alte Fabrikarbeiter Ludwig Jourdan, Tische Gasse 15, seine 22 Jahre alte Geliebte Rosa Hollweg durch einen Schuß in das Herz getötet und sich selber durch einen Schuß in den Kopf derart schwer verletzt hatte, daß er in lebensgefährlichem Zustande in das städt. Krankenhaus verbracht werden mußte. Wöber Erwarten genau Jourdan sehr rasch und stand gestern unter der Auflage des Todes an seiner Geliebten vor dem Schwurgericht. Aus dem Verhör des Angeklagten ergibt sich lt. „Pfälz. Rundschau“ folgendes: Jourdan ist am 15. April 1882 in Württemberg als uneheliches Kind geboren. Als er 2 Jahre alt war, heiratete seine Mutter den Wäber Koller und nahm den Jungen zu sich. Koller war ein Trinker und ließ seine Familie bald im Stich. In dem Geschäft, in welchem der Angeklagte von seinem Vormund nach mit gutem Erfolg besuchter Schule untergebracht wurde, tat er nicht gut, trat aus und begann ein sehr unruhiges Leben, das

ein. Sie stand vor ihrem Bett; ihren Mantel hatte sie abgelegt, und ihr Hut lag auf dem Sofa. Meine Bewegung war groß. Ich trat auf sie zu und küßte sie. Dann sagte ich: „Weshalb hast Du es uns nicht früher mitgeteilt, Amelie (der in Paris verheirateten Schwester; eine zweite ist in der Provinz verheiratet. Ann. d. Reb.) und mir? Rechtfertige niemals unser Benehmen! Wir gegenüber dieses Vorgehen, welches uns unendlich betrübt? Komme antwortete nicht. Ich fuhr fort: Warum nur, warum? Du liebt uns also gar nicht mehr! Diesen Mann zu heiraten! Das ist für uns alle eine Schande!“

Blühlich rief sie aus: „Ich meine, ich bin Herrin meiner Handlungen. Ich tue was mir beliebt, und wenn es Dir und Amelie nicht paßt, tust Du es! Gute Nacht! Du kannst gehen — ich halte Dich nicht!“ Dieser Abschied verursachte mir großen Schmerz. Ich rief aus: Ich habe das Recht, Dir zu sagen, daß Dein Gatte ein Abenteurer ist, den eine anfängliche Familie nicht in ihren Schoß aufnimmt. Einem Betrüger öffnest Du Dein Haus, und Deinen Sohn weisst Du hinout! Du siehst ihm einen Mann vor, der von den Gerichten belangt wurde, der in mehrere betrügerische Bankrotte verwickelt ist! Das ist ein fauler Bankrotter! Wir haben über ihn Erlaubigungen eingehoben. Wenn Du willst, werden wir Dir sie liefern; sie sind verlässlich.“ Mit leuchtendem Atem kommt nun R. Gaston Wochs de Nov auf den

ihm öfters wegen Bettelei, Landstreicherei, Hausfriedensbruch mit dem Gesetz in Konflikt brachte. Als er dann zum Militär eingezogen wurde, machte er den Feldzug in Südmexiko mit. Nach seiner Rückkehr aus Afrika ging er nach Ludwigshafen. Er führte sich dort ganz gut auf, bis er die Karolina Ameis kennen lernte und mit ihr ein Verhältnis anfang. Obwohl die Ameis verheiratet war, setzte Jourdan längere Zeit ein Verhältnis mit ihr fort. Seine Absicht sei gewesen, mit der lebigen Schwester der Ameis ein Verhältnis anzufangen, hätte sich aber bei dem Entgegenkommen der Frau Ameis an diese gemacht. Der Vorstehende hält ihm vor, daß er der Ameis mit Erziehung gedroht habe, wenn sie ihm nicht mehr zu Willen sei. Jourdan erwiderte darauf, daß er das nicht nötig gehabt hätte, denn die Ameis sei ihm auf Schritt und Tritt nachgegangen.

Ende November lernte Jourdan die ermordete Rosa Hollweg kennen. Die Vergangenheit der Hollweg war keineswegs eine tadellose. Sie hatte, bevor sie den Angeklagten kennen lernte, schon zweimal ein Verhältnis gehabt, das nicht ohne Folgen blieb. Auch von dem Angeklagten fühlte sich die Hollweg bald Mutter. Von der Mutter der Hollweg, der Ehefrau Hahlscher, wurde das Verhältnis mit Jourdan begünstigt und zwar, wie die Hahlscher verschiedentlich befandete, aus dem Grunde, weil die Rosa nun in Jourdan einen sauberen Burichen habe, den sie gar nicht verbiene. Die Frau Hahlscher hielt in auffallender Weise zu dem Angeklagten. Sie schimpfte über ihre Tochter und als am 23. Januar d. J. der frühere Liebhaber der Rosa, Wettengel, mit ihr zusammentraf, hatte die Hahlscher nichts besseres zu tun, als dies dem Angeklagten mitzuteilen und ihn gegen die Rosa (Ermordete) anzuhetzen. Darauf rief abends der Angeklagte die Rosa Hollweg aus dem Bett, mißhandelte sie und drohte ihr mit Erziehung. Als 8 Tage darauf auf einem gemeinsam besuchten Rasenball die Rosa nicht mit Jourdan tanzte und auf dem Heimwege nicht an seiner Seite ging, setz sich Jourdan ihr aus Verger den Rasenrang. Nun wollte Rosa Hollweg unter allen Umständen das Verhältnis lösen. Darauf habe er ihr 8 Tage Bedenkzeit gegeben mit den Worten: „Wenn Du mich nicht willst, dann brauchst Du auch keinen anderen, dann bist Du mit mir eine Leiche.“ Die Mutter der Rosa soll in ihrem Bemühen den Angeklagten gegen die Rosa anzuhetzen, soweit gegangen sein, daß sie eines Tages zu ihm gesagt hatte: „Schneide ihr doch den Leib auf oder schieße sie tot, aber nicht im Hause.“

Am Freitag, den 4. Februar, nachdem die von dem Angeklagten der Ermordeten gewährte Bedenkzeit abgelaufen war, laute sich Jourdan einen Revolver und lud denselben in der Küche der im gleichen Hause wohnenden Eheleute Burghard. Mit dem geladenen Revolver begab er sich in die Wohnung der Hollweg. Diese hatte Wind bekommen, daß Jourdan sich einen Revolver laufe und ihr nachstellte; sie ließ die ganze Nacht aus dem Hause und Jourdan suchte sie nun überall. Er gibt zu daß er die Rosa schon an diesem Abend erschossen hätte, wenn er sie gefunden hätte. Am Samstag früh ging nun Jourdan nicht zur Arbeit, sondern zechte mit mehreren Freunden in einer Wirtschaft und zwar soll er in einer Wirtschaft für 15 M. Bier bezahlt und auch selbst mitgerunken haben. Von zwei Freunden geführt, begab er sich am Mittag auf den Weg zur Hollweg. Obwohl er anfangs stark betrunken gewesen sei, sei er doch auf dem Wege wieder etwas nüchtern geworden. In der Wohnung der Hollweg angelangt, habe er zunächst seinen Hut und Stod abgelegt und dann die Hollweg gestrot, wie es sei. Als er eine verneinende Antwort bekam, habe er über den Rücken der Ehefrau Hahlscher hinaus auf die Rosa geschossen. Rosa Hollweg sei zur Türe hinaus, die Treppe hinunter gelaufen und auf der untersten Stufe hingestürzt. Mit dem vorgehaltenen Revolver sei er ihr nachgegangen, habe der Revolver direkt auf ihre Brust gelegt und einen Schuß abgedrückt, der die Hollweg auf der Stelle tötete. Darum richtete er die Waffe gegen sich selbst und brachte sich eine schwere Kopfverletzung bei. Er wurde nun ins Krankenhaus verbracht, wo er wider Erwarten rasch genesen ist. Der Angeklagte gibt an, daß er schon einige Tage vor dem Mord nur von dem Gedanken befaßt worden sei, die Hollweg und sich selbst umzubringen.

Obwohl zur Verhandlung 20 Zeugen geladen waren, gestaltete sich die Vernehmung ziemlich kurz. Die Zeugen der schrecklichen Tat schildern diese auf dieselbe Weise, wie sie bereits in dem Verhör des Angeklagten erörtert wurde. Durch eine Anzahl anderer Zeugen ist festgestellt, daß Jourdan am Morgen des 5. Februar in der hiesigen Wirtschaft ziemlich, aber doch nicht stark betrunken war. Er habe wohl 15 Maß Bier bezogen, doch haben ihn seine Freunde beim Trinken unterstützt. In die Spieluhr habe er 3-4 M. hineingeworfen und dabei wahre Indianertänze aufgeführt. Auf dem Heimwege sagte er dann zu dem Zeugen Schorrer: „Wenn Du jetzt mitgehst, kannst Du etwas erleben!“ Nach einer Stunde war die unheilvolle Tat geschehen. Eine merkwürdige Rolle spielte nach der Tat die Mutter Hahlscher. Sie schickte am selben Nachmittage zu dem Bundesrathesbesitzer May in Mannheim, bei welchem die Geliebte in Arbeit fand, einen Zettel folgenden Inhalts: „Geben Sie dem Heberbringer den Lohn meiner Tochter, sie kommt nicht mehr zur Arbeit, ihr Geliebter hat sie und sich erschossen.“ Von 3 Zeuginnen wird befunden, daß die Hahlscher den Jourdan, den Wörder ihrer Tochter, im Krankenhaus wiederholt besucht und ihm die Kleider gewaschen habe. Nach kurzer Beratung sprechen die Geschworenen den Angeklagten des Törichtigkeits schuldig. Mißdernde Umstände wurden dem Angeklagten nicht angebilligt. Auf Grund des Wahrbruchs der Geschworenen beantragte der Staatsanwalt eine Justizstrafe von 15 Jahren. Das Urteil lautete auf 10 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust.

tragischen Augenbild zu sprechen: „Wir standen beide am Ramin; meine Mutter war mir dreiviertel zugekehrt. Sie sah mich an; ihr Blick war kalt wie Stahl. Das brachte mich zur Verzweiflung. Ich hörte sie an: Ist denn jede Erinnerung an unsern Vater in Dir ausgelöscht? — Und dann weih ich nichts mehr. Ich griff nach meinem Revolver, den ich stets in meiner Hosentasche trage — und ich feuerte ab — mit gestrecktem Arm, in horizontaler Richtung, ohne zu zielen, ja, ich schwöre es: ohne zu zielen! Ich sah meine Mutter, ohne einen Laut von sich zu geben, rücklings fallen. Dann vergingen mir die Sinne. Erst nach einigen Minuten kam ich wieder zu mir. Ich lag auf den Knien neben meiner Mutter. Auf ihrer Wange sah ich eine kleine, blutende Öffnung. Ich rief sie — ich glaubte nicht, daß sie tot sei.“

Der Reden vom Rme. Majos wurde gestern von der Morau nach dem dreifantastischen Tempel in der rue Cortambert überführt. Die Verdrigung findet am nächsten Dienstag statt.

Das besagene Ereignis beschäftigt die öffentlichen Meinung in hohem Grade. Der „Matin“ verfaßt auch diesmal nicht den Vorfall tendenziös auszunutzen. Doch entgegen der, in seinem heutigen Eingangsartikel geäußerten Anschauung, scheint sich die Stimmung der Pariser Bevölkerung dem unglücklichen jungen Mann, der die folgenschwere, furchtbare Tat in einem Augenblick namenloser Rein vollbracht, sympathisch zuzuneigen.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 20. April 1910.

Historischer Tageskalender für Mannheim.

20. April.

1880 Prinz Wilhelm von Preußen mit seinem Sohn (die nachmaligen deutschen Kaiser) treffen hier ein und reisen im „Europäischen Hof“ ab.

* Ernannt wurden die Oberlandesgerichtsräte Andreas Schenk und Dr. Otto Kürz zu Mitgliedern des Kompetenzgerichtshofes.

* Vereist wurde der Postamtmannt Reule in Karlsruhe nach Kircharten und dem dortigen Postamt als zweiter Beamter zugewiesen.

* Der diesjährige 20. Pflanztag findet am 3. und 4. Juli in der Kreisstadt Waldshut statt. Mit dem Feste ist evtl. ein Wettfahren auf dem Rheine verbunden.

* Weisung des Ingenieur-Abschleifers Gené. Da der Ingenieur-Abschleifer Gené, der bei dem Zusammenstoß des Kreuzers „München“ mit dem Torpedoboot „S 122“ sein Leben lassen mußte, auch in Mannheim Bekannte und Freunde besaß, dürfte der Bericht über seine in Stettin erfolgte Beerdigung Interesse erwecken. Bei heralichem Frühlingwetter hatte sich am Sonntag vormittag auf dem Hauptfriedhofe zu Stettin eine vielhundertköpfige Menschenmenge eingefunden. Von der Leichenhalle des Friedhofes hatten Aufstellung genommen: die Kapelle des Infanterie-Regiments Nr. 34, die Mannschaften des Kreuzers „Münch“, des Torpedobootes „S. 122“ und der 10. Torpedobootflotille, während sich im Innern der Kapelle die nächsten Verwandten des Verstorbenen und das Offizierskorps der 10. Torpedobootflotille und des Kreuzers „Münch“ versammelt hatten. Zwischen Vorbesprechungen war der Sang vor dem Altar aufgeführt, er sang Hahnemann, Mähe und Degen des Verstorbenen und reichen Kranzkränze. Zahlreiche jugendliche Mädchen, Freunde des Toten, Ingenieur-Abschleifer, stankten zu Seiten des Sarges. Die tiefe Bewegung, die sie bei dieser Todesmacht empfanden, sie, die auch jüngst solches Seemannstodes gewärtig sein müssen, spiegelte sich in ihren Zügen. Die Trauerfeier wurde eingeleitet durch den gemeinsamen Gesang des Chorals „Jesus meine Zuversicht“. Dann hielt Herr Militär-oberarzt Casar in bewegten, schlichten Worten die Gedächtnisrede. „Eure dem Soldaten, der in offener Feldschlacht seine Tugend mit dem Tode bezog, Ehre aber auch dem Seemann, der im Kampfe mit den Wogen, in Ausübung seines Berufes als ein tapferer Mann aus dem Leben scheidet. Ehre darum auch dem Besonderen.“ Als wir erfuhren, daß ein Kind unserer Stadt, ein Angehöriger einer angesehenen Familie, der Sohn einer Witwe, zu den Toten gehörte, da haben wir den Schmerz und die Trauer der Angehörigen im Herzen tief mitgeföhlt, war doch der Verstorbenen der älteste seiner Geschwister und berufen und befähigt, seiner Mutter zur Seite zu stehen. Schlicht und anspruchslos, fleißig und gewissenhaft wie sein Vater habe er sich den nicht leichten Beruf eines Maschineningenieurs ausgedacht; er hatte gerade die Zeit der Überhand und freute sich, nun in selbständiger Stellung seine Fähigkeit und Kraft zu erweisen. Da wurde er abgerufen. Wahrscheinlich ein ehrenvoller Seemannstod! Nach Absingung eines weiteren Chorals öffnet sich die Pforten der Kapelle und während die Regimentskapelle des 34. Infanterie-Regiments in den lebenden Frühling hinein ihre Trauermusik spielt, tragen die zehn Ingenieur-Abschleifer auf ihren Schultern ihren erlöschenden Kameraden zu seiner letzten Ruhestätte durch eine kühnheitsvolle, inzwischen noch mächtig angewachsene Zuschauermenge.

* Nicht identisch ist, wie wir auf Erlauben feststellen, Herr Richter Franz Späth mit dem Rechtsrat Josef Späth, der in dem Strafgesetzbuch im jetzigen Abendblatt in dem Berufungsvertrag Valentin Richter genannt ist.

* Feudenberg und die Kunst. Das Neue Operettentheater hatte am Sonntagabend im „Jägerhaus“ in Feudenberg eine Vorstellung angefaßt. Wegen allzu geringen Zuspruchs — es sollen sich nur 6 Kunstfreunde eingefunden haben — mußte die Veranstaltung unterbleiben.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

— **Mannheimer Liedertafel.** Das haben an die Mitglieder veränderte Programm, das die hiesige Liedertafel für das Festkonzert anlässlich ihres 70jährigen Stiftungsfestes am 23. April aufgestellt hat, muß als in hohem Grade interessant bezeichnet werden. Sind doch vom einfachen Volksliede bis zur großen Kantate mit Orchester alle Gattungen dieser gewaltigen Literatur durch hervorragende Meister mit ausserordentlichen Werken vertreten. Im Volksliede ist zunächst der Schweizer Tonleiter Jag. Heim vertreten, der sich außerdem durch Veröffentlichung einer großen Anzahl Männerwörter, besonders durch Herausgabe vieler vollständiger Liedersammlungen großes Verdienst erworben hat; dann der auf dem Gebiete des Volksliedes unerreichte Fr. Silber und der durch seine geistvollen Bearbeitungen von deutschen Volksmelodien für Männerchor schnell berühmt gewordene Kölner Tonsetzer A. von Obergangener. Der Kunstgesang ist vertreten durch den großen Waldenmeier Fr. Deger mit einem Werke seiner früheren Schaffensperiode: Bundeslied. Die herrliche Tüchtigung von Th. Körner gibt in der Hegarischen Vertonung einem großen Chöre Gelegenheit, in a capella-Sänge glänzende Wirkung zu erzielen. Werke mit Orchesterbegleitung enthält das vielversprechende Programm: 1. von Heinrich Weder, den die Liedertafel wegen seiner hohen Verdienste um den deutschen Männergesang schon vor mehreren Jahren zu ihrem Ehrenmitglied ernannt hat, mit dessen „Wo ist Gott“, einem feierlichen Hymnus von Fel. Dahn; 2. von Ernst Bendel, dem gegenwärtigen Dirigenten des Bremer Lehrerengesangvereins, der u. a. in seiner Uebersetzung „Das Grob in Pufento (K. v. Platen)“ hervorragendes Schallungsvermögen gezeigt und sich dadurch in der Männerchorwelt rasch und sehr vortheilhaft eingeführt hat; 3. von Felix Wehrh, dem Dirigenten der Hamburger Singakademie, dessen kraftvoller Deutscher Herrmann ohne Zweifel eines der allerbesten und dankbarsten Werke für Männerchor und Orchester ist und von dem sich jeder Dirigent eines allerdings stimmlich leistungsfähigen Männerchors unwiderstehlich angezogen fühlen muß. Das ca. 30 Min. dauernde Werk ist doch imwahrten Lebens, in seinen geschlossenen Chören charakteristisch erfüllt — das gilt besonders von dem Gesang der Ungarn — und brüt den Komponisten, der mit seinem Passionatorium schon viel von sich reden machte, mit in die erste Reihe der jetzt lebenden Tonsetzer. In diesem letzten Werke haben die Herren Solopernsänger Fritz Vogelfrom und Konzeptsänger Wilhelm König von Ludwigshafen die vorlesenden Solopartien übernommen und vertreten die Rollen dieser Herren im Verein mit dem 180 Mann starken Liedertafelchor und mit der von der hiesigen Grenadierkapelle ausgeführten Orchesterbegleitung einen hohen Kunstgenuss. Außerdem werden die genannten Herren Solisten noch einige Lieder zum Vortrage bringen. Herr Kapellmeister Schmidteter vom hiesigen Hoftheater hat die Orgel- und Klavierbegleitung übernommen, während Herr Hofmusikant Johannes Stegmann die Harfenpartie spielen wird. Obwohl das Konzert im Rittersaal stattfinden wird, gelangen keine Eintrittskarten zum Verkauf, da der Liedertafelchor nur keine Mitglieder, seine Freunde und Gönner, sowie Vertreter hiesiger und auswärtiger Studiervereine eingeladen hat. Wie wir hören, sollen von auswärts ca. 300 Gesangsfreunde zu diesem Konzerte eintreffen. Nach dem

Konzerte findet im gleichen Saale ein Festbankett mit Ansprachen, Umrufen, Musik- und Gesangsveranstaltungen.
Neues Operntheater. Das Deutsch-Französische Theater bringt am heutigen Mittwoch, sowie morgen Donnerstag abend auf diesem Bühne die erfolgreiche Pariser Schwanenoper „L'Esclau“ nochmals bei Keinen Preisen zur Aufführung. Die bereits mitgeteilte, beginnen die Vorstellungen nun täglich erst um 8.15 Uhr und enden 10.30 Uhr.
 Die Erkrankung Prof. Kochs. Im Befinden Prof. Koch: Koch, der schon seit längerer Zeit leidet, in gestern eine leichte Verschlimmerung eingetreten. Die Gefahr einer Lungenentzündung ist nicht ausgeschlossen. Am Morgen des Kranken weisen zwei seiner Assistenzärzte.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Aus den badischen Landtagskommissionen.
 cc. Karlsruhe, 20. April. Die Kommission für Justiz und Verwaltung trat heute in die 2. Sitzung der Beschlüsse über die Reform der Gemeinde- und Städteordnung ein. Die Beschlüsse der 1. Sitzung wurden im wesentlichen genehmigt. Abgelehnt wird die Resolution, welche die Einführung der Magistratsverfassung fordert. Dafür stimmen nur die Sozialdemokraten, Fortschrittler und der Berichterstatter Dr. Koch. Dagegen wird ein Antrag einstimmig angenommen, der eine Denkschrift über diese Frage seitens der Regierung wünscht. Die Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag wegen Einführung von Wohnungsamtern in den Städten wird ausgesetzt.

Die Schulkommission setzte heute ihre Beratungen der Schulgesetznovelle bei der Gehaltsfrage § 39 des Staats fort. Der Berichterstatter hält die Höhe der vorgeschlagenen Beträge, sowie die der Zulagen und Zulagestrafen für ausreichend. Man dürfe nicht vergessen, daß die Lehrer manches von den anderen Beamten voraus haben. Ein Drittel der Lehrer sei in Städten, wo ihre Gehälter sehr erheblich über die dafür nominierten Höchstmehrsachen. Der Berichterstatter schlägt die Annahme der Regierungsvorlage und die Aufnahme der Lehrer in den Gehaltsstufen vor. Das Zentrum stimmt der Regierungsvorlage zu, lehnt aber die Aufnahme in den Gehaltsstufen ab. Die Sozialdemokraten und Demokraten plädieren entschieden für die Einreihung der Lehrer in den Gehaltsstufen. Der Vorsitzende widerspricht der Einreihung in den Gehaltsstufen, die gegen die Interessen der Gemeinden verstoße. Die Nationalliberalen sind ebenfalls für die Einreihung in den Gehaltsstufen. Der Staatsminister präzisiert den prinzipiell ablehnenden Standpunkt der Regierung in der Frage der Einreihung in den Gehaltsstufen, die nur neue Forderungen zur Folge hätten. Der von sozialdemokratischer Seite erhobene Antrag, in das Gesetz eine Bestimmung aufzunehmen, wonach die Gehälter der Lehrer gleichzeitig mit den der übrigen Beamten reguliert werden sollen, steht die Regierung nicht ablehnend gegenüber. Der einzige Lehrer, der im Landtage ist, ein Zentrumsgesandter, spricht sich gegen die Aufnahme in den Gehaltsstufen aus.

Die Regierung gibt die positive Erklärung ab, daß die Annahme des Antrages betr. die Einreihung der Lehrer in den Gehaltsstufen für sie unannehmbar sei. Die Abstimmung darüber wird ausgesetzt. Die vorgeschlagenen Gehaltsstufen für Lehrer werden angenommen. Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß durch die neuen Bestimmungen künftig die Hauptlehrerinnen auf dem Lande in ihren Höchstmehrsätzen besser gestellt seien, als solche in den Städten. Er empfiehlt deshalb eine Reduzierung des Wohnungsgeldes der Hauptlehrerinnen auf 75 Prozent. Die Redner der Parteien sowie die Regierung lehnen die Ansetzung der Regierungsvorlage ab. Die Wünsche der Handarbeitslehrerinnen auf Erhöhung ihres Höchstmehrsatzes auf 80 Prozent derjenigen der Hauptlehrerinnen und Erhöhung ihres Wohnungsgeldes werden vom Berichterstatter befürwortet. Die Regierung erlucht, es bei den Vorschlägen zu belassen. Es wird beschlossen, die Handarbeitslehrerinnen als mittlere Beamten zu betrachten und dementsprechend das Wohnungsgeld zu erhöhen. Die für die Hauptlehrerinnen in den Mittelschulen vorgeschlagenen Gehaltsstufen werden angenommen. Bezüglich der erhöhten Zuschüsse der Gemeinden zu den Gehältern der Lehrer empfiehlt der Berichterstatter die Annahme der Regierungsvorschläge. Die Regierung bezieht unbedingt auf die Annahme der Erhöhung der Zuschüsse der Gemeinden.

Berliner Drahtbericht.

(Von unserem Berliner Bureau.)

Zur Entscheidung Wotls.
 Berlin, 20. April. Die seiner Zeit berichtet, hat Generaldirektor Wotl gegen seine Frau geb. Steinbarnet die Ehescheidungsfrage wegen Verstoßens und öffentlicher Herabsetzung seiner Ehe eingereicht. Frau Wotl hat Gegenklage wegen Treubruchs mit Münchener Sängertinnen und anderer delikater Angelegenheiten erhoben. Um die Verhandlungen jeden öffentlichen Klatsch zu vermeiden, wird man auf Ansetzung von hoher Seite einen außergerichtlichen Vergleich abschließen. Man wird gegenseitig die Tatsachen, die zur Ehescheidung führen, zugeden. Wotl wird von seiner Frau verlassen. Frau Wotl schmeißt sich fortan aus und erhält dafür, was für sie die Hauptsache ist, Geld.

Aus der Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstags.

Berlin, 20. April. Die verstärkte Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstags beschloß zur Frage der letzten Anträge nach einem Antrage Dr. Müller-Meinings folgende Fassung des § 33b: Die Mitglieder des Reichstags können kurze Anträge tatsächlicher Art an den Reichstag richten. Diese Anträge sind schriftlich beim Präsidenten einzureichen. Durch die Befreiung darf einem späteren Punkte derselben Tagesordnung nicht vorgearbeitet werden. Auch dürfen die Verhandlungen in einer Kommission des Reichstags nicht zum Gegenstand einer solchen Anfrage gemacht werden. Es ist anzunehmen, daß eine Einigung inbezug auf diese Frage erzielt wird.

Aus der Geschäftsordnungs-Kommission des preuß. Abgeordneten-Hauses.

Berlin, 20. April. In der heutigen Sitzung der Geschäftsordnungs-Kommission des preußischen Abgeordnetenhauses traten auch der Präsident von Köcher. Er bezeichnete es als einen Mangel, daß die Kommission die Frage, mit welchen Mitteln der Präsident die ihm eingeräumte Befugnis der Entfernung ausgedienter Abgeordneter auszuführen habe, nicht erörtert hätte. Koch seiner Ansicht würden die vorhandenen Beamten und Diener des Hauses Herpeslich zur Durchführung von entsprechenden Maßregeln nicht unter allen Umständen genügen. Aber auch abgesehen davon sei es bedenklich, sie dazu zu verwenden. Er wolle daher anheim, daß die Kommission vielleicht unter Zuziehung von Vertretern der kgl. Staatsregierung die Sache

erörtern möge, ob der Präsident befugt sein solle, zur Durchführung der ihm beizulegenden Befugnisse Behörden oder Personen in Anspruch zu nehmen, die außerhalb des Hauses stehen und als solche verpflichtet seien, den Anforderungen des Präsidenten Folge zu leisten. Eine eigene bewaffnete Macht im Hause zu schaffen, wie sie z. B. in England vorhanden sei, scheine ihm nicht ratsam. Die Anordnungen des Präsidenten fanden im allgemeinen Anklang. Von einer Seite wurde dagegen remontriert, daß zur Beratung und Feststellung der Geschäftsordnung, die lediglich Sache des Hauses sei, Vertreter der Regierung zugezogen werden und es würde darin ein bedenklicher Vorgang gefunden. Auch wurde von dieser Seite darauf aufmerksam gemacht, daß noch bedenklicher ist, wenn die Mitwirkung von außerhalb des Hauses stehenden Behörden zur Durchführung solcher Maßregeln in Anspruch genommen werden soll. Im allgemeinen sollte doch alles derartige von der Schwelle des Hauses zurückgehalten werden. Man beschloß daher schließlich gegen 2 Stimmen bei der Regierung anzutragen, ob und welche Behörde evtl. derartigen Anordnungen des Präsidenten Folge zu leisten hätte und eine Sitzung unter Zuziehung von Vertretern des Innern und des Justizministeriums zur Festsetzung anzuberaumen.

Londoner Drahtnachrichten.

(Von unserem Londoner Bureau.)

Die diplomatische Lage in England.

London, 19. April. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Erklärung, die gestern der Schatzkanzler Lord George im Unterhause über das Budget für 1909/10 abgab, vom rein finanziellen Standpunkt die Berechnungen des Jahres abseits richtig. Würde die Bill glatt angenommen sein, dann würde die Regierung jetzt mit einem ansehnlichen Ueberschuß rechnen können. Selbst so wird noch ein Ueberschuß von etwa 3 Millionen Pfund vorhanden sein, wenn die noch ausstehenden Steuern eingehen werden, denn es sind noch den Berechnungen des Kanzlers noch für 350 000 Pfund Einkommenssteuern verloren gegangen. Die Zölle haben 5 1/2 Mill. weniger eingebracht, als es sonst der Fall gewesen wäre und endlich habe die Regierung für die von ihr gedorgten Gelder beinahe 1/2 Million Zinsen zahlen müssen. Lord Lansdowne hielt gestern im Oberhaus eine Rede, in welcher er definitiv erklärte, daß die Beratung des Budgets keine lange Zeit in Anspruch nehme, sondern wahrscheinlich schon in einigen Tagen erledigt sein werde, woraus endlich hervorgeht, daß die Opposition im Oberhaus diesmal keine Schwierigkeiten machen werde. Die Vetoresolutionen dagegen würden von den Beers erst nach den Pfingstferien vorgenommen werden. Man nimmt an, daß die Remostrarbeiten in der zweiten oder dritten Woche des Monats Juli stattfinden werden. Auf der anderen Seite verlautet jedoch, daß eine Auflösung des Parlaments im letzten Augenblick noch vermieden werden wird und zwar dadurch, daß die Beers sich mit einer Beilegung des Vetorechts einverstanden erklären werden, unter der Bedingung, daß noch im Herbst eine Reform des Oberhauses vorgenommen werde, während die Liberalen die Forderung der gänzlichen Beilegung des Vetorechts sollen lassen würden.

Das Eingreifen des Ministerpräsidenten

Mannheim, 20. April. In einem Berliner Telegramm der „Münch. R. Nachr.“ wird das Eingreifen des Ministerpräsidenten in der gestrigen Sitzung der Wahlrechts-Kommission des Herrenhauses ausführlich gewürdigt, das bekanntlich den Zweck verfolgt, eine breitere Grundlage für die Vorlage zu schaffen, also daß auch Konservativen und Nationalliberalen für das Gesetz eintreten könnten. Die augenblickliche Lage wird dann wie folgt geschildert:

Ob das Herrenhaus auf diesen Vorschlag eingeht und wie sich dann die Dinge im Abgeordnetenhause gestalten werden, ist aber noch höchst unklar. Vielleicht kommt der Beweis von Energie, den der Ministerpräsident jetzt gegeben hat, schon zu spät. Freilich, es ist schwer zu sagen, zu welchem früheren Zeitpunkt er hätte eingreifen sollen. Denn das entscheidende Komverium zwischen Konservativen und Zentrum ist schließlich hinter dem Rücken der Regierung im Geheimen abgeschlossen worden, um die Minister vor eine unüberwindliche Aufgabe zu stellen und den schwarz-blauen Block als Herrscher einer Parlamentsmehrheit zu etablieren, die mit den Weisen der Wissenschaften gründlich aufzuräumen und sich die Regierung in Preußen und im Reich dienlich macht. Dadurch hat aber der konservativere Führer Dr. v. Herdebrand unbedenklich die Entscheidung hier wie dort in die Hand des Zentrums gelegt und diese Partei ist freundschaftlich Regiment. Schon erklärt die königliche Volkszeitung, das Zentrum werde lieber die ganze Vorlage überlassen lassen, als den Mittelparteien auch nur das geringste Zugeständnis zu machen. Den Konservativen im Lande beginnt es dabei mehr und mehr unheimlich zu werden. Die zentrumsfreundliche Haltung ihrer Führer im Parlament hat zu der Niederlage in Cleve-Vest geführt, das Zentrum hat ausklugeweisend Partei gemacht, die Autorität der Regierung auf schwerer erschüttert, die Sozialdemokratie mächtig gefördert. Das sind Tatsachen, die in den konservativen Wählerkreisen geradezu eine Bestürzung hervorgerufen haben. Aber es ist eine Frage, ob die konservativere Fraktion, selbst wenn sie wollte, noch in der Lage ist, sich aus der jetzt geschaffenen Unklarheit des Zentrums zu lösen. Nach dem heutigen Auftreten des Reichsmann-Hollweg aber sollte man annehmen, daß es ihm bitterer Ernst mit der Alternative ist: Entweder kommt das Gesetz mit den Mittelparteien zustande oder es scheitert am Zentrum und seinen Befallenen!

Kuherordentlich beachtenswert erscheinen uns die Schlussfolgerungen, die die „Münch. R. Nachr.“ aus solcher Zutragung der Dinge ziehen. Sie meinen in Uebereinstimmung mit anderen liberalen Organen, sie würden dieses letztere Ergebnis wahrlich nicht beklagen, selbst wenn die Regierung in Preußen nicht — was allerdings das Beste wäre — daraus die Folgerung ziehen sollte, daß Abgeordnetenhause aufzulösen und Neuwahlen im Zeichen einer gründlichen Reform des Wahlrechts anzuschreiben. Dieser letzte Gedanke wird sicher den lebhaftesten Widerhall und weithin Zustimmung im Volke finden. Wenn die Regierung sich zu dem hier empfohlenen Schritte entschloße, so könnten sich mit einiger Wahrheitsliebe Aufschlüssen auf eine Lockerung in der Zusammenfassung des preußischen Abgeordnetenhauses eröffnen, die günstigere Vorbedingungen für eine ernsthafte Modernisierung der preußischen Wahlrechts hätten. Die Konservativen im Osten würden jedenfalls einen schweren Stand gegenüber den liberalen Parteien haben. Die Wahl von Lud-Johannsburg ist da von der besten Vorbedeutung. Laufende von Konservativen

haben nationalliberal gewählt, einmal aus Zustimmung über die Politik ihrer Parteiführer und weiter auch, was für uns hier wichtig, weil der nationalliberale Kandidat sich für die direkte und geheime Wahl zum preussischen Abgeordnetenhause erklärte. Im Gegensatz zur letzten Wahl würde bei einer Neuwahl 1910 die Wahlreform als Wahlparole eine erhebliche Wirkung tun. Die Konservativen würden Verluste erleiden und ein nur einigermaßen beträchtlicher Rückgang der Partei würde sie dann vielleicht doch dazu bringen, sich aus der verderblichen Freundschaft mit dem Zentrum zu lösen und mehr Entgegenkommen zu zeigen, als ihnen die Koalition mit dem Zentrum heute erlaubt. Die Chancen eines Wahlkampfes keinen also günstig für die liberalen Parteien wie für eine gründlich Wahlreform. Aber wir vermögen nicht recht zu glauben, daß die Regierung sich zu diesem Schritte entschließt, so sehr sie sich dabei auf die Mehrheit des Volkes stützen könnte. Herr von Bethmann-Hollweg hat Energie gezeigt gegen Zentrum und Konservativen, die ihn ins Joch zwingen wollten, aber doch immerhin nicht so viel Energie, daß er auf der Wiederherstellung seiner ursprünglichen Vorlage bestand, geschweige denn, daß er den Mittelparteien das von ihnen geforderte Entgegenkommen bezeugte. Aus dieser wohlmoderierten Energie darf man füglich schließen, daß er zu einem Wahlkampf gegen die Konservativen unter der Parole einer grundlichen Wahlreform erst recht wenig Lust verspüren dürfte — und nur eine solche Parole könnte Zugkraft und Wirkung haben, nicht die Verheißung irgendwelcher Korrekturen am bestehenden System, die dieses im wesentlichen bestehen ließen. Und so wird der gute Gedanke wohl nicht zur guten Tat ausreifen und das Ende dem Lind wird aller Voraussicht das klägliche Scheitern der kläglichen Vorlage sein, worauf dann vom Volke bei der Kamp um die Wahlreform erst recht einmütig muß, bis unter dem energischen Druck der öffentlichen Meinung, des Volkswillens, die Regierung sich entschließt, nicht wieder ein Palliativ für die Erregung des Volkes zu reichen, wie neuer, sondern eine wirkliche Reform vorzulegen, die aufträumt mit der Klassenherrschaft des Großgrundbesitzes in Preußen.

Der Kampf im Baugewerbe.

Die Einigungs-Verhandlungen zwischen den Arbeiterorganisationen und dem Verband der Berliner Baugeschäfte.

Berlin, 21. April. Während die Aussperrung im Baugewerbe im Reich fort dauert, ist es jetzt in Berlin zu ausgiebigen Vergleichsverhandlungen gekommen. Der Verband der Baugeschäfte und die Arbeiterorganisationen haben in letzter Stunde auf eine Aussprache über die Streitpunkte ohne Hinsichtung eines Unparteiischen verzichtet und die Vermittlung des Einigungsamtes des Berliner Gewerbegerichts anrufen. Das Einigungsamt trat heute vormittag 10 Uhr unter dem Vorsitz des Magistratsrats Dr. Schulz zusammen. Die Verhandlungen werden streng geheim geführt. Die Vorstände aller in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen, auch der christliche Gewerkschaften, sowie die Vorstände des Verbandes der Berliner Baugeschäfte, zusammen etwa 40 Personen, waren erschienen. Der Vorsitzende wies auf die hohe wirtschaftliche Bedeutung hin, die die Erhaltung des Friedens im Berliner Baugewerbe für weite Kreise hat und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es zu einer Einigung kommen werde. Dann wurden die Bedingungen beider Parteien für einen neuen Tarifabschluß besprochen, insbesondere wurde über die Regelung des Arbeitsnachweises und über die Festsetzung des Stundenlohnes längere Zeit debattiert. Die Verhandlungen werden bis auf den Nachmittag hinausziehen. Die Parteien sollen für den Fall, falls es zu keiner Einigung kommt, bereit sein, sich einem Schiedsgericht des Einigungsamtes des Gewerbegerichts zu unterwerfen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 21. April.

Im Reichstag wird heute die Debatte über die Reichsversicherungsordnung zu Ende geführt. Das Haus ist wiederum nur schwach besetzt.

Schuldirektor Ender's (Hosp. d. Volkspartei) wünscht, daß wenigstens die unbefristeten Verbesserungen der Vorlage gerettet werden, nämlich die Hinterbliebenenversicherung und die Ausdehnung der Krankenversicherung auf Land- und Hausarbeiter, jedoch lehnt er die Landfrankenlassen und die Einbeziehung der Hausarbeiter in diese Klassen ab. Redner spricht noch über die Bedürfnisse der Hausindustrie, insbesondere über die Sonneberger Spielwaren-Industrie.

Nicht so ablehnend wie die unemwegten Sozialdemokraten verhält sich der Arbeitersekretär Schmidt-Berlin (Soz.) zu der Vorlage. Sie ist ihm nur unangenehm, weil sie allzusehr auf die Wünsche der Arbeitgeber, besonders des Zentralverbandes deutscher Industrieller eingeht. Bei dieser Gelegenheit macht er sich über das Zusammenfinden von Industriellen und Agrariern lustig, wie es sich kürzlich bei dem Festessen des Zentralverbandes gezeigt hat. Mit dem einheitlichen Unterbau der Versicherungen ist der Redner einverstanden, nicht so sehr jedoch mit der Organisation. Er wünscht vor allem Befreiung der Landesversicherungsämter. Er spricht sich scharf gegen die Kollektierung der Beiträge zu den Krankenkassen aus und gegen eine Einschränkung der Selbstversicherung. Zum Beweise, daß diese Kassen recht gut funktionieren hätten, verliest er einen kürzlich erschienenen Artikel der deutschen „Arbeitgeber-Zeitung“.

Der Reichsparteiler Ling anerkennt die Sozialität, mit der die Sozialdemokraten zu dem Entwurf Stellung genommen haben. Mit der Bezeichnung der verschiedenen Versicherungen vermag der Redner sich nicht zu befreunden. Er befürchtet ein weiteres Anwachsen der an sich schon hohen Leistungen. In der jetzigen Hoffnung könne die Vorlage nicht abgelehnt werden. Der Regierung unterstellt Ling, daß sie die Vorlage eingebracht habe, um den Einfluß der Sozialdemokratie auf die Krankenkassen zu brechen. Die Regierung hätte das aber offen heraus erklären können. Dem Standpunkt der Arbeitersekretär vertritt schließlich noch der Abg. Burkhard (würt. Vgl.) den Entwurf.

Darauf wird ein Schlussantrag angenommen und die Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen. Rumschütz wird in die 1. Sitzung der Gesetzgebungs-Vorbereitung eingetreten. Als erster Redner spricht der Zentrumsgesandte Raden.

Nachtrag zum lokalen Teil.

Der Christus geist? Dieses Thema wird kommenden Sonntag auch zwei große Versammlungen der heiligen evangelischen und katholischen Gemeinde befechtigen.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Eine Nachprüfung des Ferrer-Prozesses. Genf, 19. April. Die Synode der unabhängigen evangelischen Kirche des Kantons Neuenburg hat Herr Otto Dardel seinerzeit beauftragt, eine völlig objektive Untersuchung über die Vorgänge des Prozesses anzustellen.

Ein Unfall des deutschen Abteilers Grabe.

Berlin, 20. April. Aus Paris wird gemeldet: Das Gerücht von einem Todessturz des deutschen Abteilers Grabe in Nizza war gestern Abend in Paris verbreitet.

Die Reichswertwachsstener in der Kommission.

Berlin, 20. April. Die Reichstagskommission für die Wertwachstener verhandelte heute bei § 1 über Anträge des Zentrums, der Abg. Dr. Krenndt (Reichsp.) und Dr. Müller-Meinungen, die eine genaue Unterscheidung zwischen wertwerten und unterwertigen Wertwachstener bezwecken.

Wahlprüfungen.

Berlin, 20. April. Die Wahlprüfungskommission des Reichstags erklärte heute die Wahl des Abgeordneten Sievers (Noll.) (Lüneburger-Münien) für ungültig.

Von Tag zu Tag.

Homosexuelle Skandalaffären ohne Ende.

Berlin, 20. April. Aus Leipzig wird gemeldet: Hier haben mehrere aufsehenerregende Verhaftungen, die sich auf den 3. 176 stützen, stattgefunden.

Schwerer Sturm in der Nordsee.

Die „A. S.“ meldet aus Cuxhaven: Seit gestern Nacht herrscht in der Nordsee und der Ostsee ein schwerer Nordweststurm.

Aus dem Großherzogtum.

Reutershäusen, 19. April. Der Bürgerausschuss hat in seiner heutigen Sitzung die zur Amisniederlegung des Herrn Bürgermeisters Kästner angegebenen Gründe als unbegründet anerkannt.

Redarbischofsheim, 18. April. Herr Gastwirt Sartor, zum „Darmstädter Hof“ in Heimbach, hat seinen Millionenprozess, der sich um eine Erbschaft von 5 Millionen dreht, gewonnen.

Bruchsal, 19. April. Im nahen Karlsdorf wurde der Unterlehrer J. Arnold wegen Sittlichkeitsvergehen, die er an seinem bisherigen Aufwartersort nach (Ami Waldhof) verübt hat, verhaftet.

Karlsruhe, 18. April. Sonntag Abend stürzte in der Nähe der Aufsehlingsstraße eine rabelnde junge Dame so unglücklich, daß sie in bewußtlosem Zustande in das städtische Krankenhaus überführt werden mußte.

Volkswirtschaft.

Zellstofffabrik Waldhof-Mannheim.

Die Bilanz verzeichnet: Aktiva: Liegenschaften Waldhof M. 1.405.237,31 und Fabrikgrundstücke, Eisenbahn, Hafen- und Kanalanlage Löffel 777.728,20 M. zuz. 2.202.908,51 (1927 Mill.); Gebäude, Maschinen, Apparate, und Intensivien Waldhof M. 2.315.964,26 und Gebäude, Maschinen, Apparat, Fuhrwerke und

Intensivien Löffel M. 6.159.824,91, zuz. 15.475.779,16 M. (14.566 Mill. M.); Fertige Fabrikate (inkl. Winterlager in den Exporthöfen) M. 2.951.692,78 (2227 Mill.); In Vorbereitung befindliche Stoffe 180.021,80 M., (155.233 M.), Rohstoffe und Brennmaterialien M. 1.229.882,35 M. (1.246 Mill. M.), Holzvorrat inkl. gefasste Holzungen M. 18.033.758,62 (11.948 Mill. M.), Schiffs- und Gebäude in Aufhand M. 640.040 (0,491 Mill.), Erzeug- und Reparaturmaterial M. 1.171.135,20 (1,420 Mill. M.), Debitoren M. 15.744.682,89 (14,128 Mill. M.), Baus- und Nautiken M. 196.808,30 (0,416 Mill. M.), vorausbezogene Zinsen, Unfall- und Feuerversicherungsprämien M. 40.924,48 (M. 0,054 Mill. M.), Wechsel- und Kassenbestände M. 1.830.078,11 (0,798 Mill. M.), Effekten und Beteiligungen M. 25.435.737,29 (22,760 Mill. M.), Disagio und Kosten der Anleihe 1908 M. 197.850,40.

Passiva: Aktienkapital M. 28.000.000 (19 Mill.), Obligationen Waldhof 1900 M. 6.810.000 (6,867 Mill.), Obligationen Waldhof 1908 M. 8.000.000, Obligationen Löffel M. 5.000.000, Obligationen-Liquidationskonto M. 6120 (0,015 M.), Kapitalreserve M. 18.671.092,18 (10,543 Mill.), Spezialreserve M. 2.023.891,39, Unterstützungsfonds M. 300.000, Solar und Lohn pro 1909 rückständig M. 52.913,79 (0,046 Mill.), Kreditoren M. 14.254.154,83 (10,851 Mill.), Anale M. 189.700 (0,207 Mill.), nicht erhaltene Dividende M. 8250 (0,002 Mill.), Obligationenzinsen bis 31. Dez. 1909 M. 211.552,50 (0,156 Mill.), nicht erhaltene Obligationenzinsen M. 82.741,25 (0,044 Mill.), Reserve für Prochten, Berufsgenossenschaft, Zinsensteuer etc. M. 189.568,03 (0,167 Mill.), im Jahre 1910 fällig werdende Kollisionsrücklage und Kollisionsrücklage M. 388.858,53 (0,536 Mill.), Deltabereit- und Dispositionsfonds M. 18.082,81 (0,018 Mill.), Versicherung a. meta-Konto M. 23.470,65 (0,031 Mill.), Dr. Carl Clemm-Stiftung M. 127.145,44 (0,124 Millionen), Gewinn, der nach Genehmigung durch die Generalversammlung Verwendung finden soll: Abschreibungen: M. 1.580.895,09 (1,514 Mill.), 15 Prozent Dividende auf M. 25.000.000 M. 3.750.000 (i. S. 25 Prozent 4,750 Mill.), Vortrag M. 488.072,36 (i. S. 6,827 Mill.).

Siedbräner Kupferwerk und Süddeutsche Kabelwerke A.-G. Frankfurt a. M. mit Zweigniederlassung in Mannheim.

Im Bericht des Vorstandes wird über das abgelaufene Geschäftsjahr ausgeführt: Abteilung: Kupferwerk: Die wir bereits in dem vorjährigen Bericht bemerkten, haben die schlechten Konjunkturbedingungen des Jahres 1908 nicht gehindert, daß dieses Unternehmen im genannten Jahre ein besonders gutes Resultat ergab. Es pflegt im Kupfergeschäft die Arbeit später nachzulassen als in anderen Zweigen der Großindustrie.

Abteilung: Kabelwerk: Das wichtigste Ereignis war für diese Abteilung die Auflösung des Starstromkabelwerks am 5. Februar 1909.

Abteilung: Kabelwerk: Das wichtigste Ereignis war für diese Abteilung die Auflösung des Starstromkabelwerks am 5. Februar 1909. Hierdurch wurden die Verkaufspreise für Starstromkabel weit unter die Selbstkosten herabgedrückt, und die Kundschaft bedrängte sich zu den billigen Preisen zum Teil auf längere Jahre ein.

Telegraphische Handelsberichte.

A.-G. für Feinmechanik vorm. Jetter u. Scheerer, Tuttlingen.

Tuttlingen, 20. April. Die Generalversammlung der A.-G. für Feinmechanik vorm. Jetter u. Scheerer, Tuttlingen genehmigte sämtliche Anträge der Verwaltung und erteilte Entlastung.

Konkurrenzkampf in der Zementindustrie.

München, 20. April. Wie der „M. N. N.“ aus Reichenthal geschrieben wird, hat das Zementwerk Leopoldthal seinen Betrieb eingestellt.

Neues vom Dividendenmarkt.

Düsseldorf, 20. April. Wie die „Fekkt. Ztg.“ schreibt, hat das abgelaufene Geschäftsjahr der Düsseldorf-Röhren- und Eisenwalzwerke in Düsseldorf-Oberbilk unter der Marktlage im allgemeinen und unter den Kampfpreisen des Röhrensyndikats im besonderen sehr stark gelitten.

Anleihe der Stadt München von 1910.

Berlin, 20. April. Von der Diskontogesellschaft, der Kommerz- und Diskontobank, der Deutschen Bank und der Dresdner Bank ist der Antrag gestellt worden, Mark 17.500.000 4prozentige Anleihe der Stadt München vom Jahre 1910, erste Tilgung ab 1. August 1919, verstärkte Til-

gung oder Gesamtkündigung frühestens zu diesem Termine zulässig, zum Handel an der Berliner Börse zuzulassen.

Württembergische Hypothekbank, Stuttgart.

Berlin, 20. April. Die Zulassung von 18 Millionen vor dem 1. Oktober 1920 unverlosbarer und unkündbarer Hypotheken-Obligationen zum Handel an der hiesigen Börse wurde von der Diskontogesellschaft beantragt.

Anleihe der Stadt Regensburg von 1910.

Berlin, 20. April. Von der k. Seehandlung ist der Antrag gestellt worden, 3 Mill. 4prozentige Regensburger Stadtanleihe II. Abt. von 1910, Kündigung und Auslosung frühestens ab 1. Oktober 1920 zulässig, zum Handel an der Berliner Börse zuzulassen.

Innere japanische Anleihe.

Paris, 20. April. Der Konversion von 27 Millionen Pfund Sterling 5proz. innerer japanischer Anleihe in 4proz. äusserer ist gestern mit dem Hause Rothschild genehmigt worden.

Aus Frankreich.

Paris, 20. April. Die englisch-deutsche und französische in Mexiko interessierte Gruppe hat sich mit der Nationalbank geeinigt, um der Regierung vorzuschlagen, die Konversion der 5prozentigen äusseren Goldanleihe in 4proz. im Juli durchzuführen.

Paris, 20. April. Die Société Parsienne Electri schlägt die Verteilung einer Dividende von 15 Frcs. (wie im Vorj.) vor.

Aus Amerika.

Newyork, 20. April. 75 Baumwollfabrikanten in Nordkarolina, welche 1 Million Spindeln vertreten, beschloßen die Einschränkung von 1/3 der Betriebsfähigkeit.

Mannheimer Effektenbörse.

Vom 20. April. (Offizieller Bericht.)

An der heutigen Börse gelangten Umsätze zur Notierung in Bad. Brauerei-Aktien zu 78, Sektantenbrauerei-Akt. vorm. Bühl, Worms zu 84 pSt., Frankonia-Aktien zu 1350 A und in Bad. Affektur-Akt. zu 1840 A pro Stüd. Höher waren noch: Kontinentale Berl.-Aktien Kurs: 690 G., Südt. Röhrenwerke 139,50 G. und Verein Deutscher Zellulosefabriken 149,50 G.

Table with columns: Obligationen, Städte-Anleihen, Industrie-Obligationen, Banken, Aktien. Lists various securities and their prices.

Table with columns: Brauereien, Industrie, Chem. Industrie, Eisen-Industrie, Transport u. Versicherung. Lists various securities and their prices.

Frankfurter Effektenbörse.

Privattelegramm des Gen.-d.-Anzeigers.

Frankfurt a. M., 20. April. (Abendbörse.) Ohne daß das Geschäft an der heutigen Börse wesentlich an Umfang gewann, blieb die freundliche Tendenz bestehen, doch trat dies nur auf dem Anleihe- und Effektenmarkt zu Tage.

Stenographischer Reichstagsbericht

des

Mannheimer Generalanzeigers

Deutscher Reichstag.

67. Sitzung, Dienstag, den 19. April.

Am Tische des Bundesrats: Caspar.
Präsident Graf Schwerin-Schönningh eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 25 Min.

Die erste Lesung der
Reichsversicherungsordnung
wird fortgesetzt.

Abg. Frhr. v. Camp (Rp.).

Das Gesetz zeichnet sich durch einen besonders klaren Wortlaut aus, was wohl auf die Mitarbeit des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins zurückzuführen ist. Ueber die alten Lebensversicherer des Abg. Krollenbahr, mit denen er die bösen Agrarier angegriffen hat, gehe ich zur Tagesordnung über, da ich heute nicht in polemischer Stimmung bin. Wenn er aber glaubte, die deutsche Arbeiterversicherung als ganz minderwertig hinstellen zu können, so verweise ich auf die viel rühmlichere soziale Gesetzgebung in den Staaten, in denen die Sozialdemokratie einen größeren Einfluss hat als bei uns. Ich denke da vornehmlich an England und Frankreich. Auch die Angriffe auf den Zentralverband Deutscher Industrieller waren ungerechtfertigt. Der Zentralverband hat sich vielmehr von Anfang an für eine großzügige Sozialpolitik ausgesprochen. Bezogen sich der Zentralverband nur gemacht hat, das ist jene sozialpolitische Gelegenheits-Gesetzgebung, gegen die sich kürzlich auch der Deutsche Handeltagskongress gewandt hat. Damit hat der Präsident des Handeltagskongresses, der Abg. Krampe, sich ausdrücklich einverstanden erklärt.

Die Reichsversicherungsordnung selbst hat ja einen ganz gemäßigten Umfang. Die Kommission wird vor allem mit dem Material arbeiten müssen. Vieles kann in der Tat ruhig gelassen werden. Von den Versicherungsämtern haben wir nicht eine so schlechte Auffassung wie gestern der Abg. Rugdon. Nur muß eine andere Abgrenzung ihrer Tätigkeit erfolgen. In die Höheren aufstellung der Begründung glaube auch ich nicht. Die Zahl der Anlagen sollte möglichst klein sein. Es geht nicht an, auf jede Anlage immer noch eine höhere Anlage zu setzen. Und weshalb soll die höhere Anlage nun auch immer die höhere sein? Mit der Organisierung der Betriebsklassen sind wir in keiner Weise einverstanden. Die Betriebsklassen sollen nur dort bestehen bleiben, wo sie gleichwertige Leistungen mit den Ortsrentenleistungen gewähren. Mit den bisherigen Mindestbestimmungen für die Betriebsrentenleistungen sind wir doch sehr gut auskommen. Zur Kontrolle der gleichwertigen Leistungen mit ihren komplizierten Berechnungen wäre ja allein ein großes Beamtenheer erforderlich. Unser Grundgesetz ist gerade entgegengesetzt: die Verwaltung muß möglichst wenig kompliziert und möglichst einfach sein. Das ist die Grundfuge in der Verteilung der Lasten bei den Entlastungen geändert werden, halten wir für dringend erforderlich. Wir bedauern es, daß die Regierung aus dem reichen Material, das hier vorliegt, uns nicht einen Teil in der Verteilung mitgeteilt hat. Ich wundere mich auch, daß Dr. Rugdon über die Zerrorisierung der Ärzte in den sozialdemokratischen verarbeiteten Klassen kein Wort gesagt hat. Ich will ja nicht annehmen, daß ein gewisser Zusammenhang besteht, wenn auch Herr Krollenbahr gestern so konsequent die Ärztefrage behandelt hat. (Heiterkeit.) Die Vorlage legt den Krankenkassen 60 Millionen Mark mehr auf; das ist schließlich kein Vorratsschiff. Die Arbeitgeber aber sollen diese Last tragen, um paritätisch an der Verwaltung der Klassen mitzuwirken. Der heutige Zustand bedeutet eine Entrechtung der Arbeitgeber. (Lärm u. d. Sog.) Dann soll man lieber die Arbeitgeber überhaupt aus der Klassenverwaltung herauslassen, denn es ist eine Lösung der Offensivität, wenn man den Arbeitern zwei Drittel einräumt und den Arbeitgebern nur ein Drittel. Mit der Einbeziehung der Landarbeiter sind wir einverstanden. Die Entschädigung so weitgehend Befugnisse an die Verwaltungsbehörden miffliglichen auch wir. Ueberlassen wir doch ruhig den Kampf zwischen Ärzten und Krankenkassen diesen Organen selbst. Die Hauptaufgabe der Kommissionsarbeiten muß die Durchführung einer wirklichen Vereinigung der Arbeiterversicherung sein. Trotz aller Kritik in einzelnen erkennen wir den Reichstag an, den das Reichamt des Innern an diesem großen Entwurf zugewendet hat. (Beifall rechts.)

Ministerialdirektor Dr. Caspar:

Staatssekretär Debrück ist leider immer noch erkrankt. Er hofft aber, daß es ihm bald wieder möglich sein wird, an den Beratungen teilzunehmen. Die Redner haben sich im allgemeinen Zustimmung zu der Vorlage ausgesprochen. Weitere Auskünfte werden Sie in der Kommission erhalten. Ich hoffe, daß wir dort zu einer Einigung kommen. Der Wunsch auf Vereinfachung mancher Bestimmungen hat manches für sich. Aber so leicht, wie sich Herr v. Camp die Sache denkt, geht es doch nicht. Ich verstehe nicht, wie er verschiedene Bestimmungen aus dem Gesetze herausstreichen und die Entscheidung den ausführenden Behörden überlassen will. Sprechen wir doch eine einheitliche Entscheidung festgelegt werden. Wir werden aber auch über diesen Punkt eine große Schwierigkeit zu einer Verständigung kommen. Dr. Spahn fragte nach der Konfessionsversicherung der Privatangehörigen. Ich kann mitteilen, daß an dem Gesetz fleißig gearbeitet wird, und daß die Hoffnung besteht, daß es, wie vorausgesehen war, im Herbst dieses Jahres fertig gestellt wird. In der Versicherungsordnung ist das Reichsamt herausragend beteiligt gewesen. Die finanziellen Grundlagen des Entwurfs sind nach allen Richtungen hin sorgfältig geprüft worden. Ich bin infolgedessen auch schon heute in

der Lage, auf die Frage Auskunft zu geben, ob die rückwirkende Kraft vom 1. Januar 1910 an möglich ist. Eine solche Rückwirkung würde die gesamten finanziellen und administrativen Grundlagen der Hinterbliebenenversicherung ins Wanken bringen. Eine solche Rückwirkung ist also undurchführbar. Dr. Rugdon glaubt, in dem Entwurf eine Überwälzung der Tätigkeit der Behörden zu finden. Eine solche Überwälzung ist nicht beabsichtigt. Auch eine Einschränkung der Selbstverwaltung ist nicht beabsichtigt. Sie würde gerade schaden, wenn man nach dem Vorschlag des Dr. Rugdon nur ganz große zentralisierte Klassen zulassen würde. Die Zentralisation würde sich nicht empfehlen. Der Vorschlag ist schon deshalb nicht annehmbar, weil er voraussetzt, daß alle die kleinen Klassen, Innungsklassen, Betriebsklassen usw. verschwinden. Dagegen würden sich die Vertreter dieser Klassen und leitungs-fähigen Organismen energisch wehren. Die Einkommenssumme von 2000 Mk. ist bei der Krankenversicherung nicht erhöht worden, denn eine solche Erhöhung würde für die Ärzte ein Gegenstand erster Sorge sein. Wichtig ist in dieser Beziehung ein Unterschied zwischen Unfall- und Krankenversicherung gemacht worden.

Die Arztfrage wird in der Kommission eingehend behandelt werden. Ich will hier nur erklären, daß die verbündeten Regierungen unbedingt daran festhalten, daß das Krankenversicherungssystem neben dem System der freien Arztwahl als gleichberechtigte Form der ärztlichen Fürsorge aufrecht erhalten wird. Auch die Modifizierung der verschiedenen Angriffe erfahren. Entscheidend für die letzte Gestaltung des Entwurfs war die Erwägung, daß die meisten Versicherer mit allen Zweigen der Arbeiterversicherung zu tun haben. Nebenfalls ist die letzte Zusammenfassung übersichtlich und einfacher. Wir können bei eingehender Prüfung des Entwurfs in der Kommission mit aller Ruhe entgegenstehen in der Überzeugung, daß Sie sich in den meisten Punkten von den guten Gründen des Entwurfs überzeugen werden.

Abg. Rulenkoff (Rosa):

Im allgemeinen sind wir von dem Entwurf nicht besonders befriedigt. Er bringt zwar einige Fortschritte, aber die reaktionären Bestimmungen sind viel lächerlicher. Die Selbstverwaltung wird gegenüber bürokratischer Vorschriften erheblich beschränkt. Mit der löstypischen Einrichtung von 1000 neuen Versicherungsämtern sind wir auch nicht einverstanden. Der Einbeziehung der ländlichen Arbeiter in die Krankenversicherung stimmen wir zu. Es wäre ein Unheil, die Betriebsrentenleistungen ganz und gar zu beseitigen. Es ist nicht unmöglich, daß wir uns für die freie Arztwahl entscheiden.

Abg. Behrens (Wirtsh. G.):

Den Unternehmern, von denen es immer die Hälfte ist, ist diese soziale Belastung nicht mehr ertragbar. In der größeren Einflüsse in den Krankenkassen 56 Millionen wert. Gerade das aber ist auch den Arbeitern 56 Millionen wert. Man braucht sich also nicht zu wundern, wenn die Arbeiter sich gegen diese Veränderung wehren. Die Selbstverwaltung darf nicht angetastet werden. Zu wünschen ist eine größere Zentralisation der Krankenkassen. Ich persönlich bin gegen die Halbierung der Beiträge. Der größere Teil meiner politischen Freunde trägt aber Bedenken, sie abzumildern wegen des politischen Widerspruches, der von den Sozialdemokraten mit den Krankenkassen getrieben worden ist. Der Regelung der Arztfrage, wie der Entwurf sie vorsieht, können wir nicht zustimmen, denn sie geht am letzten Ende auf gefühlvolle Behandlung der freien Arztwahl hinaus und das halten wir nicht für richtig.

Abg. Graefe (Rsp.):

Mit der jetzigen Gestalt der Vorlage sind wir nicht einverstanden. Den Unternehmern würden durch die Halbierung der Beiträge 60 Millionen Mark neuer Lasten auferlegt werden. Dem können wir nicht zustimmen; denn die soziale Gesetzgebung darf nicht erschwerend wirken und besonders darf man nicht die Lage des Mittelstandes noch weiter verschlechtern. Die Drohungen sind leider nicht in die Vorlage einbezogen worden, obwohl vielfach die Krankenkassen von ihnen Vorratsschiff in großen Quantitäten bezogen. Hoffentlich wird es noch gelingen, aus der Vorlage etwas Brauchbares herauszubringen. (Beifall bei der Reisp.)

Abg. Becker-Asenborg (Zentr.):

Staatssekretär Dr. Debrück ist krank; von ihm kann man natürlich keine Eingangsrede verlangen. Aber wo bleibt denn der Herr Reichstagskanzler? Reichlich war er doch beim Deutschen Handeltagskongress. Dagegen haben wir genug nicht einzusenden. Aber ist der Deutsche Reichstag nicht ebenso wichtig wie der Deutsche Handeltagskongress? (Sehr viel im Zentr.) Der Abg. Spahn hat sich keineswegs für die Versicherungsämter in der heutigen Form ausgesprochen. Erh von der Gestaltung, die die Versicherungsämter in der Kommission bekommen werden, wird es abhängen, ob wir ihnen zustimmen können. Daß die Rechte für die Halbierung der Beiträge und des Stimmrechts ausgesprochen hat, hat uns nicht gewundert. Aber freudig überrascht hat uns die gegenwärtige Stellungnahme Dr. Rugdons. Freier Mann das andere. Zur jetzigen Stellung des Reichstags hat mich auch die veränderte politische Situation das mirige dazu beigetragen. Wenn die Rechte und die Nationalverbände vom Widerspruch der Sozialdemokraten in den Krankenkassen sprechen, so muß auch hervorgehoben werden, daß alle Berufsvereinigungen unter liberaler Leitung stehen. Was ging die Schmeicheleibereitwilligkeit der Reichsfinanzreform an? Deshalb helfen die Handelskammern nur liberaler Standes an? Die Liberalen mögen also stillhalten nicht nur vom sozialdemokratischen

Nutzbrosch sprechen. Sonst wehrt sich die Industrie gegen weitere sozialpolitische Lasten. Hier aber will die Industrie auf einmal 60 Millionen Mark übernehmen, nur um ihre Herrschaft in den Kassen zu festigen. In den Unfallrenten auf Zeit sehen wir eine bedeutende Verschlechterung. Die Vorwürfe des Abg. Rugdon wegen der lex Trimbora weisen wir zurück. Gerade durch die lex Trimbora haben wir erzwungen, daß jetzt eine Witwenversicherung kommt. Herr Rugdon beachtet sich nicht den Kopf zu zerbrechen über unser Schicksal bei den nächsten Wahlen. Wir vertreten unsere Politik bei den nächsten Wahlen und sehen es nicht gern, wenn andere sich einschließen. (Große Heiterkeit.) Also wir stehen außerhalb des Hauses jederzeit zur Verfügung. (Erneute Heiterkeit.) Die Sozialpolitik des Zentrums ist selbst von freisinniger Seite als vorbildlich bezeichnet worden; ich nenne nur Herrn v. Gerlach. (Lachen bei der Rp.) Auch Sozialdemokraten haben unsere Sozialpolitik schon gepriesen. Wir werden jedenfalls auf dem bisher beschrittenen Wege weitergehen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Pauli-Poisdam (Konf.):

Der Vordrucker hat sich auch mit der äußersten Linken beschäftigt. Das hätte er unterlassen sollen, denn zu besser ist da nichts. (Heiterkeit.) Zu bedauern ist das geringe Interesse des Reichstags für dieses große gesetzgeberische Werk. Die Gründe, die von der Linken gegen die Betriebs- und Innungsklassen angeführt wurden, treffen nicht zu. Diese Klassen haben ganz vorzüglich gearbeitet und dürfen deshalb nicht bestraft werden. Sie verdienen Förderung. Gegen die Halbierung der Beiträge haben wir schwere Bedenken, weil die Handwerker dadurch schwer belastet werden. Darüber wird man nur schwer hinwegkommen. In der Ärzte- und Apothekerfrage wird man in der Kommission die beiderseitigen Interessen in Einklang zu bringen versuchen müssen. Jedenfalls ist das Schicksal des Gesetzes noch ganz ungewiß. Die Mehrbelastung des Mittelstandes, des Handwerks muß nach Möglichkeit vermieden werden.

Abg. Dr. Krüger (Wirtsh. G.):

Apotheker, Zahnärzte und Ärzte werden von dem Gesetz nicht unerschütterlich in Mitleidenschaft gezogen. Der Kreis der Versicherten wird immer größer; man spricht von 20 Millionen, die für die freie Berufstätigkeit dieser drei Berufe verloren gehen. Daß da eine gewisse Erregung entsteht, ist verständlich. Die Apotheker fühlen sich benachteiligt, weil sie nach dem Gesetz die Reglemente auch an die Kassen zu handverkauft werden müssen. Diese Bestimmung kann man auch nicht ohne weiteres aufheben. Sie werden jedoch großen und kleinen Apothekern einen Unterschied machen müssen. Die Zahnärzte befürchten ein Über die Bestimmung, daß an ihre Stelle ein Zahnärztlicher Kreis kommen, wenn mit den Zahnärzten keine Vereinbarung zu „angemessenen Bedingungen“ zustande kommt. Eine Anweisung gegen die Zahnärzte liegt mir dabei ganz fern. Bei aller Achtung vor den Zahnärzten muß doch in der Kommission dafür gesorgt werden, daß der Zahnarzt mehr zu seinem Rechte komme. Die ganze Ärztefrage muß anders geregelt werden. Sonst würde der Arztstand noch tiefer in das soziale Elend hineingetrieben werden. Er würde noch mehr sein Ansehen, seine Freiheit und seine Selbstständigkeit verlieren. Ohne die Leistungs-fähigkeit der Kassen herabzusetzen zu wollen, verlangen wir aber eine angemessene Vergütung der Ärzte. Der Reichstag fände die Bureaukratie, er findet, daß er es nicht in den Stand der Beamten überführt wird, von dem es heißt: „Der Bureaukrat tut seine Pflicht — von neun bis fünf — mehr tut er nicht!“ Darum treten sie für die organisierte freie Arztwahl ein. Das ist nichts unbilliges. Sie beliebt ja schon z. B. in Württemberg und anderswo, ohne daß sich Nachteile gezeigt haben. Mit Gewalt kann man gegen die Ärzte nichts ausrichten. Von erzwungener ärztlicher Hilfe hat auch der Patient keinen Vorteil. Die Schaffung eines Vertragsarztschlusses ist unter Umständen gut, aber zwei solche Anstalten würden nur große Schwierigkeiten heraufbeschwören. Die Kassen sollen selbstverständlich nicht geschädigt werden. Sie sollen leistungsfähig erhalten bleiben. Aber auf den Arztstand muß auch eine gewisse Rücksicht genommen werden. Auf seiner Mitarbeit beruht in der Hauptsache das ganze Werk unserer sozialen Gesetzgebung, mit dem wir anderen Völkern gegenüber stehen können. Es ist Ehrenpflicht der Kommission, die Freiheit und Unabhängigkeit dieses alten vornehmen Standes zu erhalten. (Beifall.)

Ministerialdirektor Caspar:

Der Entwurf legt großen Wert darauf, dem Arztstande, auf den unser Volk mit Recht stolz ist, seine bisherige geachtete Stellung zu erhalten. Auch ist die Meinung geäußert worden, als ob die in Württemberg mit der freien Arztwahl gemachten Erfahrungen keine Veranschaulichung gefunden hätten. Wenn das nicht geschehen wäre, so könnte man sich mit Recht darüber wundern. Nun besteht aber in Württemberg die völlig freie Vereinbarung. Ihre Grundzüge hätten völlig ungeändert werden müssen, wenn man eine gefühlvolle Regelung darauf aufbauen wollte. Schließlich würden dadurch die Kassen vollständig abhängig von den Ärzten. Das geht nicht, daß die Kassen allen Forderungen der Ärzte ausgereicht werden. Deshalb hat der Entwurf beide Arztssysteme gleichberechtigt nebeneinander gestellt.

Das Haus vertagt sich. Mittags 12 Uhr. 19. April. Sitzung und Beiratsbesprechungen.
Schluß nach 6 1/2 Uhr.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

P. Ludwigshafen, 19. April. Der Stadtrat tagte heute zum ersten Male im neuen Stadtsaal, der aus diesem Anlasse feierlich geschmückt war. In lehrer ansehnlicher Tönung und modernen Stilsform und der fastenpöblichen Östingedeck macht der Saal einen imposanten, einfach vornehmen, der Zweckbestimmung durchaus würdigen Eindruck. Er faßt 180 qm, eine Loggia für die Zuschauer hat 24 Sitzplätze und eine größere Anzahl Stühle. Die Zahl der Stadtrate kann nach einer bedeutenden Vermehrung erfahren. Die Presse ist im Saale sehr bequem platziert und sie machte die günstige Erleuchtung, indem auf die Klänge des Saales. Sie ist eine ganz vorzügliche, wie man sie selten in Sälen von solchen Dimensionen trifft. Herr Oberbürgermeister Kraft hielt eine kurze Ansprache, in der er darauf verwies, daß der Beschluß zur Ausführung des Hinterbaues des Stadtsaales, in dem sich auch der neue Saal befindet, mit geringer Majorität gefaßt wurde. Heute freute sich jeder über die gelungene Ausführung des Baues, wofür vor allem Herrn Stadtbauinspektor Brunhards, den Handwerker und den Arbeiter Dank und Anerkennung gebührt. Mit den Wünschen für einen harmonischen Verlauf der Beratungen im neuen Saale schloß der Vorsitzende seine feierlich aufzunehmenden Ausführungen. Für den Bau des neuen Wasserwerkes werden 5400 Mk. auf das Jahr 1910 übertragen und 1450 Mk. hinzubehalten. Die Vertragspflicht der Stadt zu dem Betrieb der Apparat Jahre ist ungleich höher als in den Jahren 1907 und 1908. Die Stadt hat 900 Mk. nachgezahlt.

Die Stadt Mannheim erklärt sich nur noch zur freiwilligen Zahlung eines Beitrags bereit. Da jetzt der Vertrag geschlossen wurde und die Stadt Ludwigshafen nicht willens ist, die 4000 Mk. jährlich bezugenden Säulen allein zu tragen, wird beschlossen, die Abenteuere transitorisch noch bis zum Jahre 1911 weiter zu betreiben. Das Jahrgeld wird von 6 auf 10 Pfg. erhöht. Kinder zahlen die Hälfte. Die Bier und Effig, soll nun auch der übergeleitete Wein jeder Art obligatorisch sein. Die ländliche Sozialfrage wird an den Reichstagsverhandlungen, sowie an den Reichstagsverhandlungen, billigt angenommen. Dem Frauencorps vom roten Kreuz wird ein Grundstück in der Johannisstraße zum Preise von 5 Pfg. pro Quadratmeter kostlos überlassen. Die Leichenhäuser zu führen werden von 1 Mk. auf 2 Mark erhöht und in die Erhebung auch die von öffentlichen Klassen beehrigen werden eingeschlossen. Der ländliche Sozialfall ist nunmehr fest. Die Schätzungen der Schweine sind um 2221 gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen und dementsprechend auch die Schlachtabgaben im 7092.80 Mk. Die Gebäude soll darum von 2.20 auf 2.50 Mk. erhöht werden, wodurch sich eine Mehreinnahme von 6500 Mk. ergibt. — Für Schwabau wurde feierlich die Abholung 54 Pfg. bei Abholung 66 Pfg. pro Pfd. Die Säpe werden mit denjenigen des Rhein-Neckar-Schlachthofes, 10 bzw. 70 Pfg. gleichgestellt. Es wurde die Festsetzung beschlossen, daß bei einer Erhöhung der Ochsen der Metzger der auf dem Mannheimer Reichstag gekauften Schweine auch dort schlachten lassen würde. Dem wurde entgegengehalten, daß dort die Gebühren für das Schlachten von Schopfen bedeutend höher sind, auch würde dort eine Kasse erhoben. Der Antrag auf Er-

höhung der Gebühren wurde abgelehnt. — Der geplante Einführung einer neuen Dienstleistung durch die Holzgewerkschaften für die zu politischen Einrichtungen verwendeten Gemeindefunktionen bedt der Stadtrat ablehnend gegenüber. Die Stadt tritt dem Pfälzischen Verkehrsverein mit einem Jahresbeitrag von 100 Mk. als Mitglied bei. — Von sozialdemokratischer Seite wurde der Antrag gestellt, daß während der Kupferprüfung die öffentlichen Bauten in städtischer Regie auf Kosten der Bauunternehmer ausgeführt werden. Der Oberbürgermeister erwiderte, daß in diesem Streit der Stadtrat über den Parteien stehen solle. Ein bürgerlicher Redner fragte, wie sich die Sozialdemokratie zu einem Antrag stellen würde, während eines Streites die öffentlichen Arbeiten auf Kosten der Arbeiter in städtischer Regie auszuführen. Der Wagner erwiderte, daß die Reaktion gar nicht gegen ein solches Experiment hat. Der Antrag wurde abgelehnt.

Darmstadt, 18. April. Einen Nordanslag auf den eigenen Sohn machte gestern Abend der ca 50 Jahre alte Landwirt Karl Taub in Treifa. Sein zweitältester 23 Jahre alter Sohn Friedrich, der die Metzgerei erlernt hatte und schon öfter nachwärts in Stellung war, hatte sich in Streit von zu Hause entfernt. Friedrich Taub wollte nun am Abend über das Dorf steigen, um sich seine Kleider zu holen. Der Vater stand aber in der Nähe mit dem geladenen Revolver bereit und gab einen Schuß auf den Sohn ab, der in den Kopf ging. Der Schwereverletzte wurde in das städtische Krankenhaus nach Darmstadt überbracht, wo er noch bewußlos darniederliegt.

Auszug aus dem Standesamts-Register für die Stadt Mannheim.

- April. Geborene: 1. Formez Job, Sohn, Karl e. T. Emilie Barbara...

- 12. Hädtlicher Ad. Daniel Sperling e. S. Friedrich, 11. Huber, Fritz Diener e. S. Hermann...

- 11. Birt Karl Maner e. S. Friedrich, 12. Schloffer Joh. Günther e. S. Jakob, 13. Raun, Ad. Wagemann e. S. Karl Eduard Julius Otto...

Elektrizitäts-Gesellschaft Alioth. Technisches Bureau Mannheim. Luisenring 22. Dynamis, Motoren und Transformatoren...

Springers „Matador“. Ist der beste und billigste Dauerdesinfektor zur Bekämpfung aller Infektionskrankheiten...

Wohnung. 5. Stod, 4 Zimmer, Badezimmer, Küche und Küche per 1. Juli 1910.

Gewinnziehung der in der Serie gezogenen Grossh. Badischen 100 Tlr. Lose. Gewinne: M. 120.000.—, 24.000.—, 12.000.—, 4800.— etc.

Deutsche Versicherung gegen Ungeziefer. Anton Springer Inhaber Franz Münch. C 2, 4. Direktion Mannheim Tel. 4253.

Wohnung. 5. Stod, 4 Zimmer, Badezimmer, Küche und Küche per 1. Juli 1910.

Echtes Tannin-Kopfhhaarwasser mit und ohne Fettgehalt, à Fl. 2.—. Die Hautcrème der Saison: Lilienmilchcrème à Tube 50 Pf.

Pickel. Anätzen, Puffeln usw. des bekannten, unchönen Gesichtsbild hervorzurufen. Das ist das Mittel des Dr. med. H. über Jander's Patent-Medizin...

Wohnung. 5. Stod, 4 Zimmer, Badezimmer, Küche und Küche per 1. Juli 1910.

Wechsel-Formulare in jeder beliebigen Anzahl zu haben in der Dr. B. Baas'sche Buchdruckerei & m. h. B.

Schriftliche Arbeiten werden billig, schnell und direkt angefertigt auf der Remington-Schreibmaschine GLOGOWSKI & Co. Mannheim, O 7, 5. Heidelbergerstrasse.

Tücht. Zeitungsträgerin für Waldhof gesucht. Verlag des General-Anzeigers der Stadt Mannheim und Umgebung. Badische Neueste Nachrichten.

Geldverkehr. Hypothekengelder nach amtlicher und privater Schätzung von 4 1/2 % an vermittelt Egon Schwartz. Bankvertretung für Hypotheken. — Liegenschafts-Vermittlung Friedrichsring T 6, 21. Telefon 1734.

Verkauf. Wegen Umanz zwei kleine Fischbrühe, Kadenthefe, Kugeln mit Schabbladen etc. für Speisereinigungsarbeiten...

Möbl. Zimmer. J 2, 8, 5 Zr., groß, schön möbl. Zimmer mit Zentralheizung und Gasbeleuchtung...

M. 60000.— à 4 1/2 % evenuell à 4 % per sofort auf 1. Hypothek auszulihen durch Paul Loeb P 3, 14. Telefon 737.

Stellen finden. Ein draves, fleiß. 50102 für alle Hausarbeit ist gef. C 3, 15 part.

Flechten. 2 St. u. trockene Schuppenflechte, stroph. Ekzeme, Hautausschläge, offene Füße...